

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlen. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, Ostpreußen, Elsaß, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' mit 'Stellung und Kleinpartei' sowie der Beilage 'Unterhaltungs- und Witzblätter' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 27. Januar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vollbedruckte: Berlin 37 038 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Disconto-Gesellschaft, Republikstraße 1, 2.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Anzeigenzeile 50 Pfennig, Reklameweile 6.- Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' das fertige Wort 20 Pfennig, das fertige Bild 10 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Einzelzeile das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitermarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerschlaf, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Gedruckt von 6 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Luthers dürftiges Programm.

Erste Schlappe: Völkerbund-Debatte gegen den Willen der Regierung.

Nach manchen Reden heißt es: „Viele Worte, um nichts zu sagen“. Für die Regierungserklärung von gestern gilt das nicht. Sie war kurz und nichtslugend.

Um die Frage, wann Deutschland in den Völkerbund eintreten wird, ging sie herum. Richtig verstanden, läßt sie wohl erkennen, daß es bald geschehen soll, aber man möchte geschwind noch diese Frage als ein Druckmittel benutzen, um die Verminderung der Besatzungsmacht durchzuführen.

Die Verminderung der Besatzungsmacht so schnell wie möglich bis auf Null wünschen wir alle. Wenn Deutschland im Völkerbund ist, tritt der Vertrag von Locarno in Kraft. Dann ist die Fortdauer der Besatzung überhaupt ein Widerspruch.

Aber Deutschland ist noch nicht im Völkerbund, der Sicherheitsvertrag ist noch nicht in Kraft, und die Deutschenationalen renommieren, wenn sie wieder in die Regierung kämen, würden sie den Vertrag nicht anerkennen. Daraus schlussfolgern die Französischnationalen, daß Deutschland ein zweideutiges Spiel treibe, daß die Sicherheit des Vaterlandes bedroht sei, und daß nur eine starke Macht am Rhein usw. man kennt den Text hierzulande.

Daraus stellen wieder die Deutschnationalen fest, daß Frankreich seine Versprechen nicht halte. Sie fordern in einem Antrag: Deutschland soll erst in den Völkerbund, wenn die Gegenseite erklärt, daß der Vertrag von Locarno keinen Verzicht auf deutsches Land bedeutet, wenn alle gleichmäßig abgerüstet haben, wenn Deutschland seine Unschuld am Ausbruch des Weltkriegs bestätigt wird, wenn die Besatzungsfristen wesentlich abgekürzt sind und die Besatzungsmacht von 75 000 Mann auf 50 000 Mann, die deutsche Friedensstärke, herabgesetzt ist.

So lange will Herr Luther nicht warten. Aber die Frage der Besatzungsmacht möchte er noch regeln, bevor er den Eintritt in den Völkerbund vollzieht.

Die 25 000 Mann zu viel, die im besetzten Gebiet stehen, nehmen den Einheimischen Wohnungen weg. Darin besteht die Bedeutung des Streiks. Alles übrige ist ziemlich belanglos. Der Unfuhm bleibt derselbe, ob es 75 000 sind oder 50 000. Mögen sie alle baldmöglichst nach Hause zurückkehren! Aber wie kriegt man sie heraus?

Tritt Deutschland in den Völkerbund ein, dann wird es in allen schwebenden Streitfragen nicht schwächer, sondern stärker. Es werden nachher noch viele Angelegenheiten zu erledigen sein, nicht nur die Besatzungsmacht. Darum soll sich Deutschland mit dem Eintritt beeilen.

Luther ist sicher klug genug, das einzusehen. Aber er ist noch klüger. Er weiß, daß ihm die Deutsche und die Bayerische Volkspartei den Hals umdrehen, wenn er diese Einsicht ausspricht und nach ihr handelt. Seine Erklärung über den Völkerbund blieb daher dunkel.

Sie war klar genug, um die Deutschnationalen in die Opposition zu treiben, sie war aber nicht klar genug, um der neuen Regierung auch nur in diesem einen Punkte die Zustimmung der Sozialdemokraten zu sichern.

So kam es zu Luther, des Zweiten, erster Schlappe. Nach dem Wunsch des neuen Kabinetts sollte die ganze Frage des Eintritts in den Völkerbund erst zum Etat des Auswärtigen Amtes erörtert, sollte der deutschnationalen Antrag bis dahin zurückgestellt werden. Als aber die Deutschnationalen beantragten, ihren Antrag sofort mitzubekunden, erhob sich alles, was nicht Koalition der Mitte ist, und die Regierungsparteien, etwa 180 Mann von 493, blieben wie ein Häuflein Ungläubigen.

Das war die erste Schlappe. Die Schwäche der neuen Regierung wurde sichtbar.

Zahlenmäßige Schwäche läßt sich unter Umständen ersehen durch innere Stärke. Innere Stärke reißt mit fort und setzt sich durch. Aber eben weil die innere Stärke fehlte, hat sich die Regierung gleich bei der ersten Abstimmung nicht durchgesetzt.

Die Koalition der Mitte ist nicht innerlich geschlossen. Sie ist zu 50 Proz. schwarzrotgolden, zu 35 Proz. schwarzweißrot und zu 15 Proz. weißblau. Sie umfaßt Republikaner und Monarchisten, Partikularisten und Befechter der Einheitsrepublik. Die christlichen Arbeiter möchten die Sozialpolitik nicht ganz versanden lassen, aber den Industriekapitänen der Volkspartei ist jede Sozialpolitik Wirtschaftsverderber. Mit einer so gemischten Koalition zu regieren ist ein Kunststück, auch wenn sie eine Mehrheit ist. Sie ist aber nur eine Minderheit.

Aus den inneren Gegensätzen dieses Gebildes erklärt sich die Inhaltlosigkeit und Verschwommenheit der Kanzlerrede. Eine magere Brühe, auf der als einziges kleines Fetttügel das Versprechen schwimmt, den Kurzarbeitern eine gewisse Unterstützung zukommen zu lassen.

In der Frage des Achtsundtags ist ein Rückschritt hinter Kochs Programm zu verzeichnen. Jetzt wird auch Englands Zustimmung gefordert, wenn das Abkommen von Washington ratifiziert werden soll. Koch hatte sich mit Frankreich und Belgien zufriedengegeben.

Ueber die Wirtschaftskrise nicht viel mehr als Redensarten. Steuerabbau. Man muß abwarten, wo abgebaut wird. Kreditversprechen. Lob der Preisabbau-Aktion mit Heiterkeitserfolg.

In dem kurzen innerpolitischen Teil der Rede kein Wort zum Schutz der Republik. Erlauben die „Volksparteien“ das nicht? Ankündigung einer Wahlreform, die auf Verkleinerung der Kreise unter Beibehaltung des Verhältnisystems hinauslaufen dürfte. Ein „Wahlrechtsraub“, den die Kommunisten dahinter wittern, kommt schon deshalb nicht in Betracht, weil er nur mit einer Zweidrittelmehrheit durchzuführen wäre, die nicht vorhanden ist.

Die Frage der Fürstenvermögen soll reichsgesetzlich geregelt werden, wobei dem Volke die Unruhe eines Volksentscheids erspart werden möchte. Zu spät! Die „Unruhe“ ist schon da!

Morgen spricht als erster Genosse Hermann Müller. Er wird, vermuten wir, Luther mancherlei zu fragen haben und ihm dadurch Gelegenheit geben, seine dürftige Erklärung zu ergänzen. Dann wird man sehen, ob die neue Regierung Aussicht hat, auch nur die erste Reichstagsdebatte zu überleben.

Nach Müller sprechen Westarp (Dnat.), Hecker (Komm.), Drewig (Wirtsch. Vgg.), Graefe (Völk.). Für

die Mitte soll Fehrenbach (J.) eine gemeinsame Erklärung abgeben. Eine zweite Rednerreihe folgt, und Donnerstagabend soll die Entscheidung fallen.

Auf der Tagesordnung des Reichstags stand gestern als einziger Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Luther

nimmt sofort das Wort. Die Kommunisten begrüßen ihn mit lärmenden Rufen. U. a. hört man: Gehier raus! Reichskanzler Dr. Luther führte nach einem Rückblick auf das Zustandekommen des Kabinetts aus: Die jetzige Regierung ist als Minderheitsregierung auf die Mithilfe nicht zur Regierung gehörender Parteien grundsätzlich angewiesen. Sie erbat diese Mithilfe, damit sie in einer schwierigen außenpolitischen Lage und einer Wirtschaftskrise von größtem Ausmaß die Geschäfte des Reiches sachgemäß und zum Nutzen des Volkes führen kann. In der Außenpolitik ist der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hat, durch den am 1. Dezember 1925 in London abgeschlossenen Vertrag von Locarno und durch die allgemeinen Richtlinien, die ich in meiner Reichstagsrede vom 23. November 1925 ausgesprochen habe, bestimmt. Die wichtigste Entscheidung wird den Eintritt in den Völkerbund betreffen. Die sehr zurückgehaltene geschäftsführende Reichsregierung hat gemäß der Entschliessung des Reichstags vom 27. November 1925 unabhängig an der weiteren Auswirkung der Abmachungen von Locarno gearbeitet. Insbesondere zugunsten des besetzten Gebietes.

Es erscheint der Regierung empfehlenswert, erst bei Beratung der Auswärtigen Eats Einzelfragen zu erörtern und die vorhergehenden Anträge, Interpellationen und Anfragen einzubeziehen.

Reinerorts möchte ich heute nur auf die Frage der Besatzungsmacht in der zweiten und dritten Zone hinweisen. Hierüber hat die bekannte Note der Botschafterkonferenz vom 14. November 1925 vorgelesen, daß eine fühlbare Ermäßigung der Truppenzahl eintreten soll und zwar so, daß die künftige Besatzungs-

Durchführung des Volksbegehrens.

Vereinbarung der Parteien.

Entsprechend dem gemeinsam eingereichten Gesetzentwurf zur Fürstenenteignung traten am Dienstag nachmittag die Vertreter der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei in Berlin zusammen und einigten sich auf folgende Punkte:

1. Herstellung und Finanzierung der Einzeichnungslisten sowie der erforderlichen Plakate mit dem Gesetzentwurf und der Aufforderung zur Einzeichnung erfolgt je zur Hälfte durch die Sozialdemokratische und Kommunistische Partei.

2. Die Einzeichnungslisten werden zentral hergestellt und an eine für jeden Bezirk vereinbarte Adresse geschickt. Der Verband an sämtliche Gemeinden hat von dort aus mittels Einschreibebriefe oder gegen Rückquittung an alle Städte und Gemeinden zu erfolgen.

3. Die Plakatherstellung und die Verbreitung erfolgt nach demselben Schlüssel durch beide Parteien. In den Bezirken erfolgt zwischen den beiden Parteien eine Verständigung über die zu bearbeitenden Gemeinden, damit doppelte Arbeit vermieden wird.

Alle organisatorischen Vorbereitungen sind mit der größten Gewissenhaftigkeit zu treffen, um eine Riesenzahl von Wählern zur Einzeichnung für das Volksbegehren zu veranlassen. Die sonstige Propaganda — Versammlungen, Demonstrationen und andere Veranstaltungen —, die zu diesem Zwecke vorgenommen wird, ist von den einzelnen Korporationen entsprechend den gefassten Beschlüssen der Verhandlungskommission selbständig zu führen.

Mit dem gleichen Gegenstand beschäftigte sich gestern Abend eine überfüllte Funktionärversammlung der Sozialdemokratischen Partei. Wir berichten darüber in der 2. Beilage.

3914 413 Unterschriften notwendig.

Durch WTB. wird mitgeteilt: Das zum Zustandekommen eines Volksbegehrens erforderliche Schntel der bei der letzten Reichswahl

amtlich ermittelten Zahl der Stimmberechtigten berechnet sich wie folgt:

Letzte Reichswahl ist nach § 42 des Gesetzes über den Volksentscheid zurzeit der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl vom 26. April 1925. Dabei sind 39 414 316 Stimmberechtigte gezählt worden, die in der Stimmliste eingetragen waren oder einen Stimmschein abgegeben haben. Dazu kommen die Stimmberechtigten, die einen Stimmschein zwar ausgestellt erhalten, von ihm aber keinen Gebrauch gemacht haben; ihre Zahl beträgt 29 208. Ferner hat bei der Prüfung der Reichspräsidentenwahl im Wahlkreis Leipzig das Wahlprüfungsgericht festgestellt, daß die Zahl der Stimmberechtigten nach der Stimmliste in diesem Wahlkreis um 597 zu niedrig angegeben worden war. Insgesamt berechnet sich die amtlich ermittelte Zahl der Stimmberechtigten hiernach auf 39 444 121. Eine entsprechende Ergänzung der amtlichen Wahlstatistik steht bevor.

Für ein Volksbegehren sind also zurzeit 3 944 413 gültige Unterschriften erforderlich.

Im Reiche Wittelsbach.

Der erste Aufmarsch gegen den Volkraub.

Nürnberg, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Dienstag Abend begann in Bayern der erste Aufmarsch gegen die Ausplünderung des Volkes durch die Fürstenhäuser. In einer von über 3000 Personen besuchten Versammlung in Nürnberg referierte Reichstagsabgeordneter Saenger über die unerschämten Forderungen der Fürstenhäuser. In überzeugender Weise schilderte der Redner, um was es bei dem beantragten Volksentscheid geht, und was die Fürsten am Volke gesündigt haben. In lautscher Stille — nur unterbrochen von dem stürmischen Protest der Massenversammlung gegen die Absichten der Volksausplünderer und deren Anträge — folgte die Riesensammlung den Darlegungen des Redners. Als der Vorsitzende, Genosse Emil Fischer, zum Gelöbnis eine Entschliessung, die zur reiflichen Aufklärungsarbeit unter den Indifferenten auffordert, vorlegte, fand diese einstimmig Annahme. Mit einem Hoch auf die Republik fand dann die gewaltige Kundgebung, an der auch viele Angehörige des Bürgertums teilnahmen, ihr Ende.

stärke sich den Normalziffern nähert. Der Begriff der Normalziffern kann nicht anders aufgefaßt werden als gleichbedeutend mit dem Begriff der deutschen Friedenspräsenzstärke in den in Betracht kommenden Gebieten, wie seinerzeit in der amtlichen deutschen Veröffentlichung ohne Widerspruch der in der Reichsstatistik vertretenen Mächte hervorgehoben worden ist. Dem entsprechen die Schritte der deutschen Regierung in dieser Frage. Die Verhandlungen hierüber mit den beteiligten fremden Regierungen sind im lebhaftesten Gange. Die Reichsregierung gibt sich der Erwartung hin, daß sie ebenso wie dies in einer Reihe bereits erledigter Fragen geschehen ist, zu dem von uns gewünschten Ergebnis führen.

Was die Innenpolitik betrifft, so verweise ich wegen der grundsätzlichen Stellungnahme der Reichsregierung zu den Fragen der Verfassung und zu den Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf die Erklärung, die ich am 19. Januar 1926 in diesem Hause abgegeben habe. Auf diese Erklärung berufe ich mich auch wegen der grundsätzlichen Regierungseinstellung zu Beamtentum und Beamtenrecht und zu den Fragen unserer auf christlicher Grundlage beruhenden Kultur. Auf dem Gebiet der Schulpolitik wird die Reichsregierung die Lösung anstreben unter Wahrung der in der Verfassung gewährleistetsten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte. Die Reichsregierung denkt eine Verbesserung unserer Wahlgesezgebung ernsthaft in Angriff zu nehmen.

Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit früheren regierenden kaiserlichen Familien bedarf einer möglichst baldigen reichsgesetzlichen Regelung, wobei die Reichsregierung dem deutschen Volke die Ursache eines Volksleidens ersparen möchte.

Die gesamte Regierungs- und Verwaltungstätigkeit, ganz gleichgültig, ob es sich um die Weiterverfolgung der allgemeinen Reformgedanken, um große gesetzgeberische oder sonstige Pläne oder um die laufende Arbeit handelt, muß von dem Grundgedanken beherrscht sein, daß die öffentlichen Ausgaben auf ein Mindestmaß herabzusetzen sind.

Die Lage, in der die Reichsregierung die Geschäfte des Reiches übernimmt, ist gekennzeichnet durch eine Wirtschaftskrise von außerordentlichem Ausmaß. Die Regierung wird mit allem Ernst auf Finanz-, Wirtschafts- und nicht zuletzt sozialpolitischem Gebiet alles tun müssen, was möglich ist, um die Erstickung der Wirtschaft zu fördern und die Not weitaus vieler Volkskreise zu lindern. Die Erhebung jedes Uebermasses an Steuern ist sorgfältig zu vermeiden. Die Regierung wird demgemäß mit Beschleunigung auf der Grundlage des bestehenden Systems sich um den Abbau wirtschaftshemmender und damit preissteigernder Steuern weiter bemühen. Im auch in diesem Zusammenhang die Eigenverantwortung der Länder und Gemeinden zu stärken, sollen für die Einkommensteuer am 1. April 1926 die Ueberweisungen durch Zuschläge abgelöst werden; dabei ist aus finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Auge zu behalten, daß die einzelnen steuerlichen Leistungen in einem richtigen Verhältnis zueinander bleiben müssen. Daß ungedeckte Ausgaben nicht geleistet werden dürfen und feinerlei Hinabgleiten in inflatorische Maßnahmen in Frage kommen kann, ist selbstverständlich.

Die Bereitstellung von öffentlichen Geldern für die Behebung der Wirtschaft ist naturgemäß sehr eng umgrenzt und darf grundsätzlich den Rahmen einer produktiven Erwerbslosensfürsorge nicht überschreiten.

Die Reichsregierung möchte mit Beschleunigung die bauerliche und Arbeiterleistung in den volksarmen Teilen des Ostens fördern. Die allgemeinen Siedlungsoptionen sollen hierdurch nicht berührt werden. Für die Förderung des Wohnungsbauens müssen Wege gefunden werden, die nicht abzuleugnende Uebersteuerung des Baues zu begegnen. Die Reichsregierung hofft, von den Landesregierungen bei der Anwendung der Hauszinssteuer in diesen Bestrebungen unterstützt zu werden und bemüht sich ihrerseits besonders um die Erleichterung erschwerten langfristigen Hypothekendarlehen. Ueberhaupt wird die Reichsregierung mit aller Energie auf eine Besserung der Kreditlage der Wirtschaft hinarbeiten. Die Reichsregierung denkt dabei besonders auch an die Landwirtschaft, aber die Regierung ist sich darüber klar, daß mit Krediten allein nicht geholfen werden kann, wenn nicht gleichzeitig auch mit anderen Mitteln die Landwirtschaft ertragfähig gemacht wird. Maßnahmen zur Steuerung der allgemeinen Not in der Landwirtschaft sind in Vorbereitung und sollen in Verbindung mit den verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen betrieben werden.

Neben die notwendige Stärkung des inneren Marktes tritt mit gleicher Bedeutung das Erfordernis einer Steigerung der Ausfuhr.

Die gesamten Handelsvertragsverhandlungen, die ohne Unterbrechung fortzulehen sind, müssen mit dem Ziele geführt werden, zur Befestigung des allgemeinen Wirtschaftslebens die Wiederherstellung eines lebhaften Warenaustausches auf der Welt zu ermöglichen.

Angesichts der hohen Zölle, die im Ausland vielfach gelten, müssen die deutschen Zölle bei den Verhandlungen dazu verwendet werden, unter Wahrung der deutschen Lebensnotwendigkeiten den Gesamtstand der europäischen Zölle möglichst herab zu drücken. Auch außerhalb der Handelsverträge wird die Reichsregierung jede ernsthafte Absicht, eine Annäherung der einzelstaatlichen Wirtschaften durch gemeinsame zwischenstaatliche Abmachungen zu verwirklichen, mit aller Kraft fördern. Die Reichsregierung ist weiter bereit zu prüfen, ob und wie in Fortsetzung schon ergreiften Maßnahmen die deutsche Ausfuhr auf neuartigen Wegen erleichtert werden kann. Die besonderen Verhältnisse, die sich auf außergewöhnlichen Entwicklungen der Wirtschaftslage in anderen Ländern ergeben haben und für einzelne deutsche Wirtschaftszweige, so besonders für Kohle und Eisen sehr fühlbar geworden sind, erfordern die besondere Aufmerksamkeit der Reichsregierung.

Sowohl die schwere Wirtschaftskrise, die wir durchlaufen, eine allgemeine Krise ist, müssen die Hemmnisse beseitigt werden, die der Selbstheilung durch die wirtschaftlichen Eigenkräfte noch caloen stehen. Dabei denkt die Reichsregierung nicht etwa an ein überspanntes Eingreifen der Behörden. Sie ist aber davon überzeugt, daß die schon vor längerer Zeit wirksam eingeleitete Preislenkungsaktion mit Nachdruck fortgesetzt werden muß. Besonders wichtig ist die alsbaldige Verabschiedung eines Gesetzes über die Befreiung der Geschäftsaufsicht. Die Reichsregierung erblickt in der Durchführung von Maßnahmen, die die deutsche Gesamtwirtschaft von allen Ursachen der Uebersteuerung befreit, eine unerlässliche Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands. Sie ist sich bemüht, daß der Erfolg ihrer verwaltungsmäßigen und gesetzgeberischen Maßnahmen in vielen Hinsichten sehr wesentlich von der

freiwilligen Mitarbeit der Erwerbslosen

abhängt. Die zurückgetretene Reichsregierung hat diese Mitarbeit in erheblichem Umfange gefunden. Das neue Kabinett wird in gleichem Sinne weiter arbeiten; es ist bereit, wegen der zu ergreifenden Einzelmaßnahmen auch die in Gana befindlichen gesetzgeberischen Entwürfe mit den Vertretungen der Erwerbsstände erneut zu erörtern. Der unerrückbare Mord der Preislenkungsmaßnahmen neben der Befreiung des Wirtschaftslebens ist die Erleichterung der Lebenslage der Arbeiter und der sonstigen Bevölkerungsteile mit geringem Einkommen.

In Erfüllung einer besonderen Aufgabe der Sozialpolitik wird die Reichsregierung ein Arbeiterführertage einberufen, das die Bestimmungen über Arbeiterschutz einheitlich zusammenfaßt und die Arbeitszeit neu regelt.

Die Reichsregierung hält die von den früheren Regierungen wegen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens abgegebenen Erklärungen aufrecht. Das Inkrafttreten einer internationalen geregelten Arbeitszeit in Deutschland muß von dem gleichzeitigen Inkrafttreten in England, Frankreich und Belgien abhängen. Auch das einheitliche Arbeiterrecht bedarf der tatkräftigen Förderung durch die Reichsregierung, die zu diesem Zweck das zurzeit dem Reichsrat vorliegende Arbeitsgesetzbuch weiter verfolgen wird.

Die gesetzliche Regelung der Erwerbslosenversicherung ist angesichts der großen Zahl der Erwerbslosen mit Beschleunigung zu betreiben.

Vor wenigen Wochen sind die Bedingungen für die Verzinsung und Tilgung der Reichsdarlehen für die Reichsanstalten an die Kommunen und anderen Verbänden wesentlich erleichtert worden; auch ist der Anteil des Reiches und der Länder an den Kosten dieser Arbeiten erhöht worden. Ihre besondere Aufmerksamkeit wird die Regierung der Kurzarbeiterfrage als dringender Frage des Tages zuwenden und feststellen, ob eine Änderung der Not der Kurzarbeiter möglich ist unter gleichzeitiger Ausweitung der wirtschaftlichen Notstände, die von der Kurzarbeiterunterstützung befreit werden. Die Regierung hofft bestmöglich, daß sich eine solche Lösung finden läßt und dem Reichstag eine entsprechende Vorlage alsbald unterbreitet werden kann. Die wirkungsreichsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosennot bleiben dabei immer solche, die der deutschen Wirtschaft den Antrieb zu innerlich gesunder Arbeit geben. Auch um dieses Ziel wollen wir die deutsche Gesamtpolitik auf die

Herstellung und Festigung eines wirtschaftlichen europäischen und Weltfriedens eingestellt sein.

Damit habe ich in großen Zügen, ohne auf Einzelheiten einzugehen, und ohne irgendwie erschöpfend zu sein, die Aufgabe umrissen, vor die das neue Kabinett gestellt ist, und die es im Vertrauen auf die Unterstützung dieses hohen Hauses und des gesamten Volkes zu lösen sich betreiben wird. Das Gebot der Stunde ist, mit dem klaren Ziel der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes nach innen und nach außen praktische Maßnahmen in sachlicher Arbeit zu ergreifen. Lassen Sie uns an die gemeinsame Arbeit im Dienste des Vaterlandes gehen, um die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu überwinden. Se aufschüssener und tatkräftiger alle Teile des Volkes diese Arbeit unterstützen, je eher wird Deutschland wieder die Stellung in der Welt erreichen, die der Größe und Tüchtigkeit seines Volkes gebührt.

Die Rede des Reichskanzlers, die gerade eine halbe Stunde dauerte, wurde am Schluß mit dem Beifall der Mitte begrüßt, während von den Kommunisten und auch von den bürgerlichen Parteien erteilt. Auch im weiteren Verlauf seiner Rede wurden an sehr vielen Stellen schmähende und ironische Zwischenrufe aus den Reihen der Kommunisten laut, die im einzelnen in dem wiederholten längeren Lärm nicht verständlich wurden, aber den Präsidenten über zwang, eine Reihe von Ordnungsrufen zu erteilen. Ordnungsrufe erhielt die Abg. Höflein, Thälmann, Schneller, Rödel und Hedert. Präsident Ebe mußte sehr oft die Glocke schwingen und unter Androhung scharfer Maßnahmen die Kommunisten zur Ruhe auffordern. Einige Zwischenrufe des Reichskanzlers wurden auch von den bürgerlichen mit Zwischenrufen begleitet.

Als der Reichskanzler seine Rede beendet hatte und das Zischen der Kommunisten und bürgerlichen sowie der Beifall der Regierungsparteien beendet waren, beantragte Abg. Schuß-Bronberg (Dnall), daß ein deutsch-nationaler Antrag, der verschiedene Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aufzählt, mit der Besprechung der Regierungserklärung verbunden werde.

Für diesen den Wunsch des Reichskanzlers missachtenden Antrag stimmten sämtliche an der Regierung nicht beteiligten Parteien, jedoch er Annahme fand.

Abg. v. Graefe (Dnll.) beantragt sofortige Besprechung der Rangiererklärung.

Gegen Kommunisten und bürgerliche wird dieser Antrag abgelehnt und gemäß dem Vorschlage des Präsidenten Ebe beschloffen, die Besprechung der Regierungserklärung am Mittwoch nachmittag 1 Uhr beginnen zu lassen.

Schluß gegen 3 Uhr.

Die ersten Mißtrauensanträge.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion verhandelt in ihrer sich über fünf Stunden hinziehenden Sitzung über die Lage, die durch die Regierungserklärung gestaltet ist. Die Fraktion beschloß, wie partiellistisch mitgeteilt wird, am Mittwoch im Reichstag ein Mißtrauensvotum einzubringen.

Die bürgerliche Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages: Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.“

Ein Mißtrauensantrag der Kommunisten lautet: „Die Regierung Luther-Stresemann besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.“

Kommunistenverfolgung in Bayern.

München, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Da nach Ansicht der Polizei die KPD. in München trotz des ergangenen Verbots ihre Demonstration am 27. Januar durchzuführen gedenkt, erging die Beschlagnahme der Polizei in der Druckerei der kommunistischen „Neuen Zeitung“ die vorhandenen Flugblätter und Arbeitszettel und läßt außerdem seit Dienstag früh zwei Polizeibeamte den Druckereibetrieb überwachen. Wegen dieses polizeilichen Vorgehens hat die kommunistische Fraktion des Landtages am Dienstag eine Interpellation eingebracht, in der von der Regierung die Aufhebung der polizeilichen Besetzung der Druckerei gefordert wird. Außerdem verlangt die Interpellation die Aufhebung der vom Innenminister fortgesetzt über die kommunistischen Versammlung verhängten Verbote. Zur Einbringung der Interpellation hat die sozialdemokratische Fraktion der Kommunisten ihre Unterstützung zugesagt.

Asyl.

Fünftausend Menschen in einer Nacht,
Mann, Frau und Kind,
Begehrten ängstlich und pöchten sach:
Hilft wider den Wind!

Da draußen im Mondlicht der weiße Tod
Häuft silbernes Grab,
Wir schleppen nicht Schuld, daß uns keiner Brot
Und Erbarmen gab.

Sie weisen auch Hand, die nicht wund und matt,
Verachtend zurück
Und sind doch selber so überfart
Vom goldenen Glück.

Und lachen und prunken überreich
In funkelnem Land,
Wir aber wanken, die Lippen bleich,
Durch taumelndes Land.

Das ist das Rufen aus einer Nacht,
Und wem's nicht rief,
Der hielt nicht sorgend mit Brüdern Wacht,
Als Deutschland schlief.

Und Deutschlands Winter um Herzen warf
Ein Leichentuch,
Habt Wacht, ihr Brüder, der Wind weht scharf
Gestöber und Fluch!

Franz Rothensfelder.

Kaisergeburtstag.

Die größten Rasnoräusche sind bekanntlich am Geburtstag des kaiserlichen Kaisers, nach Hause getragen worden. Wer an diesem geheiligten Tag bei Einbruch der Dämmerung noch nächsten angetroffen wurde, das war kein braver Mann! Kein Wunder also, daß uns mit unseren Kindern und Kindeskindern vom „Kaisergeburtstag“ erzählen, so ein leichter alkoholischer Schauer über den Buckel rinnt!

Um 5 Uhr morgens begann der große Tag! Wecken, Kaffeefassen, Ausgabe der Paradedemonier. Der Kammerherr rasiert wie eine Furie durch die Gänge, der „Stattsmögge“ brüllt wie ein Berserker durch den „Kanon“. Schließlich steht, 20 Minuten zu früh — wie immer — die Kompagnie. Stundenlang werden die „Schuppenketten“ geschworen, die Ketten gewickelt, die Säbelschneideln ausgepackt, die Hosenträger nachgeschneidelt, die Hüte ausgerichtet, weggejagt, wieder angetrieben, durchgedeckt — und dann geht die Sonne auf: Es kommt im Paradehof mit seinen Offizieren der „Kompagnieschiff“ und brüllt sein „Guten Morgen, Kompagnie!“

Kirkgang. Ohne die Reden älterer Pastoren mit freigeistlichen Gesinnungen und Heilsarmeeitraden wäre Wilhelms Geburtstag ja nur eine halbe Sache gewesen. Wie ein Strom donnert das Battalion mit seinen laufend genagelten Stiefeln in den gefülligten Raum.

Parademarsch vor seiner Erzellenz. Die Regimentäre brausen mit fliegenden Fahnen an den „Points“ vorbei, Artillerie, Infanterie und Kavallerie, an der Spitze des „Chevaulegers-Regiments“ der „Anhaber“, der Fürst Thurn und Taxis, wie eine Gliederkette, die man heute zum erstenmal ergreift. „Durchlaucht“ hat noch nie richtig im Kolonnenhof gestanden und schwingt sein Säbelschiff beim Salutieren wie eine Ballerina oder ein Torero beim Eintritt in die Manège der wilhelminischen Geburtstagseierlichkeit.

Nach dem Parademarsch tritt die „Truppe“ ab. Sie zieht kompagnieweise ohne Offiziere in die Kasernen. Dort erwartet sie eine Extrawurst und ein Faß Kollergeburtsstagsbier. Im Kasino aber geht die heilige Handlung des Kaisergeburtstagsessens vor sich. Unten die große Tafel, nach der „Rangordnung“ aufgebaut, ein Kunstwerk peinlichster „Antiquität“, oben auf der Galerie die Musik — und am Gang die horrenden Ordnonzen — das Volk. Nun gießt sich mit dem Dampf der Schlüssel, dem Rauch der Zigarren und dem Dunst der Selbstbatterien die richtige Kaisergeburtstags„Stimmung“ in den Saal. Militärparaden erzeugen kriegerische Begeisterung, patriotische Nieder, dynastische Verzierungen — man „tritt an“, kompagnieweise, battalionswise beim Kommandeur und protestiert mit rechtlich gekrümmtem Arm, die Brust nach vorne gemöhlt, das Gesicht gestrofft. Die Todfeinde am Egerplatz und in der Kaserne fallen sich in die Arme, und die Schleich- und Beschäftigungs-Konkurrenten verpfosten sich. Die Länge mischt sich in den Fustel der Kaisergeburtstagsbegeisterung.

Drüben in den ersten Hotels der Stadt aber besüßigt sich die „zweite Garnitur“, das Reserveoffizierskorps und das „Jöhl“.

Am Morgen, wenn die ersten dämmerigen Vöcher durch die hohen Rasinofenster fliegen, kommt die Ernüchterung. Restens spielt dann unser Musikmeister den „Tschelkesschen Zapsenstreich“, und wir starren in die Wargennebel, wenn durch den Kaisergeburtstagsalltag hindurch diese schwermütige Melodie die Befestigung zum Heulen zwingt. Ein Jahr darum haben wir das Lied im Original an der Ostfront gehört — die russische Nationalhymne, die sich alljährlich in unseren Kaisergeburtstagsfesten eingeschlichen hatte.

Eine Welt liegt nun zwischen Kaisergeburtstag und uns — der Zusammenbruch, die deutsche und die russische Revolution. Die Nieder, die aus dem Volke kamen und Volkstücker blieben, sie leben heute noch: der künstliche Fustel aber, der über der Kaisergeburtstagsfeier lag, ist zertrümmert und zerplatzt. Das Gependen einer verlogenen und korrupten Zeit geht mit vertorteten Füßen durch das große Kasino der wilhelminischen Herrschaft, und das Volk, der „große Dummel“ besüßigt sich die zerfallenen Kulissen der großen Tragödienspiele — und lacht. Die Zeit der künstlichen Fassaden und Paroden macht an keinem Tag eine so elende Figur, wie an Wilhelms des Dritten Geburtstag! Zuviel Alkohol erzeugt den Kaiser; und wer den alkoholisierten Kaisergeburtstag sieht, nach der Kaltwasserker des großen Krieges, betrachtet, dem wird (sprübel Kanon) Hermann Schünger.

Richard Mayr und Loffe Schöne in „Don Pasquale“. Daß Donizetti's „Don Pasquale“ zu den Glanzstücken der Städtischen Oper gehört, scheint verständlich, wenn man einen Dirigenten wie Bruno Walter und die Jüngling als Korina dafür besetzt. Aber Frau Juggen lagte wegen plötzlicher Erkrankung ab, und voll Staunen und angenehmer Ueberaschung erwiderte man eine andere Vertreterin dieser Rolle. Loffe Schöne von der Wiener Staatsoper, die seit Januar dem Ensemble der Städtischen Oper angehört, löste ihre Aufgabe, die an die stimmlichen wie darstellerischen Fähigkeiten erhebliche Ansprüche stellt, erstaunlich gut. Zwar wackelt ihre Stimme etwas härter als die der Juggen, deren herrlicher Schwung unerreicht ist. Aber der lebhafteste Beifall, den Loffe Schöne auf offener Bühne mehrfach erhielt, zeigte, daß die Hörer auch dieser Sängerin, deren koloraturen so glänzend und mühelos klingen, und die ebenso wie die Juggen eine ausgezeichnete Darstellerin ist, gerecht wurden. Als Gast hatte man sich für die Titelrolle den Kammergesänger Richard Mayr, ebenfalls von der Wiener Oper, verschrieben. Er lagte dafür, daß der Abend zu einem einheitlichen Erfolg wurde. Sein Don Pasquale ist ein rosiger, feister, genutzvoller Junggeselle, der sich kein Alter mit einer reisenden, jungen Frauen verschönern möchte und dann mit natrem Entschließen entdecken muß, daß er nicht einer Urfaul vom Lande eine böse Laune erwidert hat. Sein Spiel war von unangenehmer Komik, die sich zum Schluß dann in eine leicht zu überzeugende Tragik wandelte und damit dieser Gestalt etwas zuviel Schwere verlieh. Daß sie diesen armen Pasquale so schmächtig betrauten muß, ist jedenfalls nicht nur der Korina, sondern auch dem Publikum fast leid. — Die Rollen des Arzte und des Refrat waren mit ihren bekannten Vertretern, Wilhelm Guitmann und Fritz Kraus, gut besetzt. I. S.

„Figaros Hochzeit“ im Rundfunk. Mozarts 170. Geburtstag wurde dem Rundfunk Anlaß zu einer besonders schönen Gabe an seine Teilnehmer. „Figaros Hochzeit“ erlangt gestern von der Sendebühne, einstudiert und geleitet von Erich Kleiber. Zwar konnte man mit der musikalischen Auffassung des Dirigenten nicht immer einverstanden sein. Gleich in der Ouvertüre vermisschte er durch eine eigenwillige Betonung manches von dem typischen Kotocharakter des Wertes, den er auch im weiteren Verlauf nicht immer zu wehren wußte. Aber was er darüber hinaus bot, war des Schönen noch genug. Fundortsteller wie Darsteller gaben unter seiner Führung musikalisch ausgezeichnete Leistungen. Bräutigam durchgearbeitet ist jede Einzelheit. Neben dem Fundort verdient besonders Lob Emma Bettendorfs als Gräfin und Leo Schühendorff als Figaro. Doch auch Eilfriede Warkatz-Bogner als Cherubin, Irene Eden als Susanna, Cornelis Bronsgeest als Graf Almaviva und das übrige Ensemble hatten sich des toten Meisters würdig. I. S.

Prof. Helmut Kraemer, der Berliner Kräcker, hat den Vorschlag im Landesverband Berlin-Brandenburg des Bundes Deutscher Architekten niedergelegt.

Josef eine Millionen Einwohner in Budapest. Bei der Ermengung der Bevölkerung wurde festgestellt, daß die gegenwärtige Einwohnerzahl Budapests etwa 250 000 beträgt.

Prinz Max an die Seeleute.

Er nennt den Flottenvorstoß ein unsinniges Gerücht.

Genosse Stampfer erzählte hier jüngst die Geschichte eines Flugblattes, das er in den kritischen Herbsttagen von 1918 auf Wunsch des Genossen Scheidemann verfaßt hatte. Die Entstehung dieses Flugblattes ist, wie jetzt festgestellt werden kann, auf eine grobe Irreführung nicht bloß der Genossen Scheidemann und Stampfer, sondern auch des Reichstanzlers Prinzen Max durch die Admiralität zurückzuführen. Genosse Stampfer erzählte, daß die Absicht bestand, das von ihm verfaßte Flugblatt vom Reichstanzler Prinzen Max unterzeichnen und in der Flotte verbreiten zu lassen; er fügte aber hinzu, er wisse nicht, ob diese Absicht ausgeführt worden sei.

Gestern erschien nun ein Genosse in unserer Redaktion und brachte das Flugblatt. Er hat es damals, wie viel tausend andere auch, in Wilhelmshaven in die Hand gedrückt bekommen. Wir geben den Text wortgetreu und der typographischen Ausstattung des Originals entsprechend wieder:

Seeleute! Arbeiter!

Tiefbedauerliche Ereignisse haben sich in den letzten Tagen zugetragen. Zwischen Mannschaften, welche die Ordnung gewaltsam zu stören versuchten, und anderen, die beauftragt waren, sie aufrechtzuerhalten, ist es zu Zusammenstößen gekommen, bei denen es Tote und Verwundete gegeben hat.

Eine Untersuchung der Vorfälle ist eingeleitet.

Bei der alle Umstände sorgfältig geprüft werden sollen, die zu diesen bedauerlichen Ereignissen geführt haben.

Nach den uns bisher gewordenen Nachrichten ist die herrschende Erregung durch unsinnige Gerüchte hervorgerufen worden. Es wurde behauptet, die Offiziere der Kriegsstotte seien mit der Friedenspolitik der Regierung nicht einverstanden und planten einen Handstreich, der die Mannschaften nutzlos dem Tode überliefern würde. Die Offiziere der Kriegsstotte leisten der Regierung Gehorsam und der gegen sie gerichtete Vorwurf, sie hätten diesen Gehorsam verleht oder wollten ihn verlehen, ist unberechtigt. Niemand denkt daran, das Leben von Volksgenossen, Familienvätern zwecklos aufs Spiel zu setzen. Die Regierung hat schon am 5. Oktober den Gegnern den Abschluß eines Waffenstillstandes vorgeschlagen, um zweckloses Blutvergießen zu vermeiden.

Wenn der Waffenstillstand noch nicht abgeschlossen ist, so kommt das daher, daß die Gegner ihre Bedingungen noch nicht genannt haben. Solange die Kriegshandlungen durch den Willen der anderen Seite fortgehen, bestrebt sich die deutsche Kriegsführung zu Lande und zur See, mit Menschenleben so zu sparen, wie dies mit den Zwecken notwendiger Abwehr vereinbar ist.

Die Aufgabe, unnützes Blutvergießen zu vermeiden, kommt aber nicht nur der Regierung, sondern dem ganzen Volke zu. Wir wollen den Bürgerkrieg nicht abschließen, um den Bürgerkrieg zu beginnen. Gewissenlos handelt, wer durch Ausstreuung phantastischer Gerüchte Unruhe verbreitet und die Flamme des Bürgerkrieges entfacht.

Beschwerden sollen untersucht, berechnete Forderungen erfüllt werden.

Die Regierung ist aber auch verpflichtet, mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, das Volk vor dem Elend zu schützen, das ihm aus der Zerstörung jeglicher Ordnung erwachsen würde, sie ist verpflichtet, nach Recht und Gerechtigkeit zu verfahren, dafür trägt sie vor dem ganzen Volk und seiner gewählten Vertretung, dem Deutschen Reichstag, die volle Verantwortung.

Seeleute! Arbeiter!

Siebt Ihr Euch der Verantwortung bewußt, die Ihr vor Euren Volksgenossen tragt. Sorgt dafür, daß die traurigen Ereignisse der letzten Tage vereinzelt bleiben und daß wir ohne blutige Wirren unsere inneren Angelegenheiten in geschlichteter Freiheit ordnen können, dem deutschen Volk und Euch selbst zum Heil!

Mag. Prinz von Baden
Reichstanzler.

Scheidemann
Staatssekretär.

Ritter von Mann
Staatssekretär des Reichsmarineamts.

Der Reichstanzler Prinz Max hat also tatsächlich jenes Flugblatt unterzeichnet und seine Verbreitung gebilligt. Brüninghaus und Trotha behaupten, er hätte von dem Flottenvorstoß gewußt. Hätten sie recht, so wäre Prinz Max der schändlichste Vagner, den Gottes Erdboden jemals getragen hat. Dafür hält ihn aber niemand, der ihn kennt. Und so bleibt nur der Schluß, daß er genau so belogen worden ist, wie Scheidemann, Bayer und die anderen Mitglieder der Regierung, und daß die Behauptung, er habe von dem Flottenvorstoß gewußt, wiederum eine Lüge ist.

Der Sachverhalt scheint jetzt so klar, daß er kaum noch einer Aufklärung bedarf. Dennoch wird der Untersuchungsausschuß gut tun, auf ihn zurückzukommen.

Verbesserung der Krankenkassenleistungen.

Zwei sozialdemokratische Anträge.

Die Vorschriften der RVD. über die Berechnung der Krankenkassenbeiträge nach dem wirklichen Arbeitsverdienst sollen endgültig mit dem Ablauf des 31. März 1926 außer Kraft treten. Diese Vorschriften haben sich bewährt, insbesondere ist durch sie die Leistungsfähigkeit der Kassen gesichert, die Verwaltungsarbeit vermindert worden. Ihre Beibehaltung ist deshalb dringend erwünscht.

Nach § 14 des Reichsversicherungsgesetzes endet mit dem 1. April 1926 der Anspruch der Krankenkassen auf Ertrag der Unkosten, die ihnen aus der Heilbehandlung von Versicherungsleiden ihrer Versicherten entstanden sind. Wie sich herausgestellt hat, werden die Krankenkassen wegen Versorgungsleiden von den Versicherten jedoch noch immer sehr stark, zum Teil sogar erheblich härter als in den Vorjahren in Anspruch genommen. Der Ablauf der Bestimmungen des § 14 RVD. würde sonach eine neue Belastung der Krankenkassen bedeuten, die bei der gegenwärtigen Kostlage der Kassen doppelt schwer ins Gewicht fällt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Reichsversicherungsminister aufgefordert, durch sofort vorzuliegende Gesetzesentwürfe die Erhaltung dieser für die Krankenkassen wichtigen Bestimmungen zu sichern.

Der Jenemordauschuß. Der Untersuchungsausschuß des Reichstags zur Aufklärung der Jenemorde, der 21 Mitglieder zählte, ist um ein Mitglied verstärkt worden, damit auch die in dieser Angelegenheit schwer kompromittierten britischn einen Vertreter im Ausschuß haben.

Verlängerung der Militärkontrolle?

Ein Bericht der Kontrollkommission und die deutsche Antwort darauf.

Ein Bericht der Agentur Havas macht Mitteilungen über einen Bericht des Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, General Baisch, an den Vorsitzenden des Interalliierten Militärkomitees, Marshall Foch, über die schwebenden Entwaffnungsfragen. Deutschland befindet sich in mehrfacher Hinsicht in Verzug. Die erzielten Fortschritte genügen nicht, um zu dem Urteil zu gelangen, daß Deutschland seine Zugabe vom 15. November gehalten habe. Jedoch könne das Nichtvorhandensein eines Ministeriums in Deutschland als eine Entschuldigung angesehen werden. Jedenfalls sei anzunehmen, daß wegen der Verzögerung Deutschlands eine ziemlich beträchtliche Verlängerung des Aufenthalts der Kontrolloffiziere in Berlin in Aussicht stünde.

Dazu bemerkt WTB. offiziös:

„Die Durchführung der im Herbst v. J. zur Regelung der Entwaffnungsfrage zwischen der deutschen Regierung und der Bolschewikerkonferenz getroffenen Abmachungen ist in der Zwischenzeit von der deutschen Regierung so energisch gefördert worden, daß die Regelung des größten Teils aller Punkte bereits abgeschlossen ist oder doch vor dem Abschluß steht. Insbesondere ist auch die Durchführung der hinsichtlich der fünf besonders schwierigen Punkte getroffenen Vereinbarung von der deutschen Regierung in der Zwischenzeit in die Wege geleitet worden. Wenn tatsächlich auf dem Gebiet der eigentlichen Entwaffnung über die Regelung einiger weniger Fragen eine Einigung noch nicht erzielt werden konnte, so ist zu betonen, daß bei Anwendung des in der Note vom 16. November v. J. zugestimmten Entgegenkommens eine befriedigende Regelung mit Sicherheit zu erwarten ist, zumal es sich hierbei zum großen Teile nicht um materielle Differenzen, sondern lediglich um Erörterungen über formale Fragen handelt. (Hiermit sind offenbar gemeint die Stellung des Oberkommandos der Reichswehr, das Verbot des Gebrauchs gewisser Waffen zu Ausbildungszwecken und die militärischen Vereinigungen. D. Red. d. „S.“)

Die hinsichtlich der Urganisation der Polizei im Herbst v. J. getroffenen Abmachungen sind von den Regierungen der Länder gebilligt worden. Diese sind unverzüglich darangegangen, die für den Aufbau der neuen Organisation erforderlichen umfangreichen Maßnahmen vorzubereiten. Wenn trotzdem in der Erledigung der die Polizei betreffenden Fragen eine gewisse Verzögerung eingetreten ist, so trifft die Verantwortung hierfür nicht die deutsche Regierung. Diese Verzögerung ist vielmehr lediglich darauf zurückzuführen, daß die noch schwebenden Besprechungen mit der Bolschewikerkonferenz über die Polizeibeamtenschaft im besetzten Gebiet noch nicht ganz zum Abschluß gelangt sind. In diesen Verhandlungen werden von der deutschen Regierung keine über die getroffenen Vereinbarungen hinausgehenden Forderungen erhoben, da die Nichterreichung der Polizeistärke des besetzten Gebietes in die Zahl von 150 000 Mann bereits in der Note von Boulogne vorgesehn ist. Nach Klärung dieser Fragen wird auch die endgültige Regelung aller die Polizei betreffenden Fragen mit solcher Beschleunigung erfolgen können, daß die Interalliierte Militärkontrollkommission nach Ansicht der deutschen Regierung ihre Tätigkeit noch im Laufe des nächsten Monats zum Abschluß bringen kann.“

Rheinlande und Besatzung.

Eine Rede des Oberpräsidenten Dr. Fuchs.

Düsseldorf, 28. Januar. (WTB.) Der 70. Rheinische Provinziallandtag wurde heute durch eine Rede des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, als Staatskommission eröffnet, in der er zu der Frage der Besatzungsstärke ausführte: Daß durch die Verhandlungen von Locarno die Entscheidung über die Räumung der ersten Zone zum mindesten günstig beeinflusst worden ist, darf man wohl als feststehend annehmen. Wir freuen uns aufrichtig und herzlich mit der Bevölkerung der in der Räumung begriffenen sogenannten Kölner Zone, daß sie nunmehr in kürzester Zeit von der drückenden Last einer mehr als sieben Jahre dauernden Belagerung frei sein wird. Es soll auch nicht verkannt werden, daß seit Locarno eine gewisse Entspannung und milderer auch eine Besserung der Verhältnisse eingetreten ist. Aber es bleibt doch noch außerordentlich viel zu wünschen übrig. Insbesondere ist die Bevölkerung der besetzten zweiten und dritten Zone tief verstimmt über die Stärke der ihr auch weiterhin auferlegten Besatzung. Die gewaltige und bei der großen Wohnungsnot schier unerträgliche Inanspruchnahme von Wohnraum mit den unvermeidlichen Anlässen zu Reibungen muß ein unbedingtes Hindernis für die weitere Entspannung und die so wünschenswerte Befriedung bilden. Sie muß auf die Dauer den Geist der Verbittertheit gefahren. Wir wollen, obwohl es nachgerade schwer wird, die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß es durch die eingeleiteten diplomatischen Schritte gelingen wird, eine befriedigendere Lösung dieser und noch anderer uns stark bewegenden Fragen herbeizuführen.

Die Not der Saararbeiter.

Die Reichsregierung vertweigert eine Stützungsaktion.

Der Reichsausschuß für die besetzten Gebiete befaßte sich in seiner Diensttagssitzung mit der Lage der auf deutschem Gebiet wohnenden im Saargebiet beschäftigten Arbeiter. Regierungsrat Kricheldorf vom Finanzministerium vertrat den Standpunkt, daß es Landesache sei, den nothleidenden Arbeitern zu helfen, ein Eingriff des Reiches würde den Reichsetat unerträglich belasten und auch außenpolitische Bedenken haben, denn wir würden auf diesem Wege zu einer sogenannten Bolschewisierung kommen.

Ein Vertreter des preussischen Innenministeriums erklärte demgegenüber, daß die Not der Saararbeiter ein Ergebnis der Reichspolitik, nämlich des verlorenen Krieges, sei, und daß es nicht angäbe, die aus der Reichspolitik entstehenden Kosten den Ländern aufzubürden. Dagegen müsse man sich um so mehr bemühen, als der preussische Staat durch den Finanzausgleich in seiner gegenwärtigen Form stark geschwächt worden ist, und als auch andere deutsche Länder, in deren Gebieten keine Besatzungstruppen stehen, bei weitem nicht die Lasten zu tragen haben, die der preussische Staat übernehmen muß.

Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums machte dann tatsächliche Angaben über die Verhältnisse der im Saargebiet arbeitenden, aber auf deutschem Boden lebenden Arbeiter. Danach handelt es sich um 12 000 bis 13 000 Saararbeiter, darunter 8500 bis 9000 Bergarbeiter. Diese Arbeiterkategorie beziehen an Lohn in der Ephegrupppe etwa 725 Frank pro Monat, also rund 116 M. Der geringste Lohn beläuft sich auf 575 Frank, d. h. etwa 90 M. Wenn man berücksichtigt, daß viele von diesen Saararbeitern während der ganzen Woche im Saargebiet leben und nur über Sonntag zu ihren Familien auf das deutsche Gebiet fahren, so bleiben für die Familien etwa 50 bis 75 M. pro Monat übrig. Bei den Arbeitern, die täglich nach Hause fahren, bleiben den Familien etwa 60 bis 55 M. Daraus ergebe sich, daß ein erheblicher Teil der Arbeiter

allein für die Familien mehr zur Verfügung stellen kann, als er durch die Erwerbslosenfürsorge bekommen würde. Dazu komme noch für die Bergarbeiter das Kohlendepotat. Als wirtlich bedürftig müssen etwa 4000 Arbeiter bezeichnet werden, die sich zum Teil auf preussischem, zum Teil auf bayerischem Gebiete befinden, so daß eine Ueberlastung der Länder durch deren Unterstüzung kaum eintreten dürfte.

Dem preussischen Wohlfahrtsministerium wurden nochmals Bedenken dagegen geltend gemacht, daß die Länder neben ihren vielen Fürsorgeaufgaben auch noch für diese Zwecke Mittel zur Verfügung stellen sollen. Die Kreise, die durch die Grenzziehung leistungsschwach geworden sind, müßten vielmehr aus Reichsmitteln gestützt werden. Man dürfe nicht übersehen, daß die Lasten der Fürsorgeverbände schon erheblich durch die Unterstüzung der Saarer und aus Krankheit Arbeitsunfähigen im Saargebiet angeschwollen sind.

Der Ausschuß beschloß, einen Unterausschuß mit der Aufgabe zu betrauen, alsbald einen gemeinsamen Antrag für die materielle Unterstüzung der Saararbeiter im Ausschußplenum vorzulegen.

Am kommenden Donnerstag tritt der Ausschuß zu einer neuen Vollsitzung zusammen.

Der „Liebe Mann“ in Berlin.

Zu Kaisers Geburtstags.

Tausende deutscher Schulkinder bilden die Fibel und die Lesebücher den einzigen Lesestoff in Schule und Haus. Der Lehrer hat es nicht in der Hand, auf die Kinder einzuwirken, daß sie Teile der Bücher ungelesen lassen. So ist auch der republikanisch gesinnte Lehrer wehrlos den Schulbüchern gegenüber, die in der monarchistischen Zeit hergestellt und nun im siebenten Jahre der Republik noch immer den Schulkindern übergeben werden.

Im Januar 1926 wird z. B. in Schlerke im Harz eine im Jahre 1917 gedruckte Fibel verwendet, in der sich das Bild Wilhelms II. und seiner ersten Gattin befindet. Unter diesem Bilde steht das nachstehende Gedicht:

Der Kaiser ist ein lieber Mann.

Er wohnt in Berlin,
Und wär' das nicht so weit von hier,
So ging ich heut noch hin.

Und was ich bei dem Kaiser wollt?
Ich gab' ihm meine Hand
Und bracht' die schönsten Blumen hin,
Die ich im Garten fand.

Und sagte dann: „Aus treuer Lieb'
Bring' ich die Blumen Dir.“
Und dann ließ ich geschwinde fort
Und wär' bald wieder hier.

Man sieht, wie folgerichtig in Preußen der republikanische Geist bei den Kindern von frühester Jugend an gepflegt wird. Man läßt die Kleinen in dem Glauben, daß der „Liebe Mann“ noch heute in Berlin sitze, während er doch schon vor mehr als sieben Jahren bei Nacht und Nebel ausgerückt ist und zu Berlin nur noch Beziehung hat durch seine Prozesse gegen den preussischen Staat!

Beginn der Pariser Finanzdebatte.

Taktisches Rededuell Briand-Renaudel.

Paris, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat am Dienstag nachmittags die Finanzdebatte begonnen. Sie wurde eingeleitet von einem Disputationsversuch der Kommunisten, die den Antrag stellten, die Diskussion der Finanzprojekte zu verlagern bis zur Beabsichtigung eines von ihnen eingebrachten Initiativgesetzentwurfes, der die Einführung einer dem jeweiligen Stand der Lebenshaltungskosten entsprechenden gleitenden Skala für alle Löhne, Gehälter, Pensionen usw. fordert. Der Forderung auf Ablehnung des kommunistischen Antrages, die im Namen des Kabinetts von dem Finanzminister und im Namen der Finanzkommission von deren Vorsitzenden gestellt wurden, schlossen sich auch die Sozialisten an. Ihre Haltung wurde von dem Abg. Renaudel begründet, der die Gelegenheit zu einem sehr geschickten Frontalangriff gegen die von Briand gewählte Taktik ergriff. Er erklärte, daß die sozialistische Fraktion unter keinen Umständen eine neue Hinausschiebung der Finanzdebatte wünsche, die nach ihrer Auffassung bereits viel früher hätte beginnen müssen. Die Kammer dürfe nicht nochmals ihre Zeit mit nutzlosen Debatten verlieren, und deshalb müsse sie gleich zu Anfang der Diskussion Gelegenheit erhalten, sich in ungewohnter Weise über den Kern der ganzen Frage auszupprechen. Die geschickte Intervention Renaudels hatte den gewünschten Erfolg, indem sie Briand zwang, zu Beginn der Debatte seine Karten aufzugeben. Er erklärte, daß, so sehr auch Eile geboten sei, die Kammer ausgiebige Gelegenheit haben müsse, sich zu den ihr von der Finanzkommission gemachten Vorschlägen zu äußern. Der von Renaudel gemachte Vorschlag habe den Nachteil, daß er sofort die Beschlüsse in ihrer ganzen Schärfe aufeinanderwirken lasse und so die Lösung der Krise erschwere. Renaudel erwiderte darauf, daß in den Wandelgängen der Kammer und in der Presse seit über einer Woche eine heftige Kampagne gegen die Finanzkommission im Gange sei und die von der Regierung selbst als bedrohlich geschilderte Situation eine rasche Entscheidung verlange. Es habe keinen Zweck, den Kopf in den Sand zu stecken.

Ruhe im fernen Osten?

Eine „friedliche Lösung“ und ihre Auswirkungen.

Die zuerst über New-York gefahelte Meldung, daß der von Tchangschin verhaftete russische Generalkonsul der chinesischen Ostbahn, Imanow, wieder freigelassen wurde, ist gestützt von der Telegraphenagentur der Sowjetunion bestätigt worden. Sie teilt zugleich mit, daß der russische Generalkonsul in Peking und der Tugentkommisar der drei chinesischen Ostprovinzen die Grundzüge eines Abkommens unterzeichnet haben, deren wesentlicher Inhalt etwa folgendermaßen ist:

Alle Verhafteten werden freigelassen. Der normale Eisenbahnverkehr wird wieder hergestellt. Militärtransporte erfolgen wie bisher auf Kredit; der aber wird durch den chinesischen Anteil an den Eisenbahneinnahmen gedeckt. Die Frage der Entschädigung für die während des Konfliktes angerichteten Schäden wird gemeinsam geregelt.

Die offiziöse Auslassung schließt mit der Bemerkung: „Somit kann eine friedliche Lösung des Konfliktes an der Ostchina-bahn als gesichert betrachtet werden.“

Hat danach die Sowjetunion gegenüber Tchangschin durch die schnelle Annahme des Ultimatums einen unmittelbaren Erfolg erzielt, so drohen andererseits die politischen Auswirkungen des russischen Vorgehens in China durchaus gegenteiliger Natur zu sein. Von mehreren Seiten wird aus Peking gemeldet, daß die ultimativen Forderungen des russischen Völkchters Karachon stark überstimmt und sehr Ansehen vermindert hätten. In Peking und in anderen Städten würden antibolschewistische Kundgebungen organisiert. Der Einfluß Rußlands habe in China einen starken Stoß erlitten.

Gewerkschaften als „Lohnkartelle“.

Eine neue Hechtformel gegen die Arbeiterbewegung.

Im amtlichen Verzeichnis des Reichstages steht Herr Dr.-Ing. Moritz Klönne nach seinen eigenen Angaben als Königlich Bulgarischer Konsul. Dieser Dortmunder Klönne ist auf dem Reichswahlvorschlag der Deutschnationalen Volkspartei in den Reichstag gewählt. Dieser Königlich Bulgarische deutsche Industrielle reitet jetzt in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, nach dem Rastatt-Vertrag, eine zweite Attacke gegen die Gewerkschaftsbewegung. Klönne hat einen neuen Dreh gefunden. Er macht die Gewerkschaften zu „Lohnkartellen“ und verlangt, daß die Reichsregierung den angekündigten Kampf gegen die Syndikate und Kartelle in erster Linie — gegen die Gewerkschaften führe!

Klönne hat einen richtigen unverschämten, selbstherrlichen Unternehmerton. Man lese einmal die folgenden Sätze:

„Namentlich, Herr Reichskanzler, wir wünschen den Abbau, wir sehen ihn auf das dringlichste herbei. Fangen Sie an, wir warten ja schon so lange darauf, daß wir das Wort bald nicht mehr ertragen. Es ist nicht sonderbar, daß dieselbe Regierung, die das große allumfassende Kartell der Arbeit, das Lohnkartell bildet, so mehr als bildet, den Unternehmern verbietet, sich zu kartellieren.“

Der Optimist könnte annehmen, daß es sich dabei nur um eine Redensart handele, wenn plötzlich die Gewerkschaften als Lohnkartelle bezeichnet werden. Aber dem ist nicht so! Klönne beweist das selbst in seinen weiteren Ausführungen. Er meint: „Wenn in Rußland der Buriui (Bourgeois, D. R.) außerhalb des Rechts gestellt wird, so wundern wir uns darüber nicht; sind wir in Deutschland auch schon soweit gekommen?“

Klönne behauptet, daß im besonderen Submissionskartelle mit heimlichen Preisabreden notwendig seien. „Würden sie gezwungen, ihre Karten offenzulegen, so kämen die „Lohnkartelle“ in den Vordergrund. Die Regierung fördere damit, wenn sie das wolle, nur diejenigen, deren Handlung streitbrecherisch sei!“

Bei den Arbeitern werde der Streikbrecher mit der Duldung des Staates durch das Mittel des Terrors bekämpft — „dem Unternehmer will man das Recht der Selbsthilfe auch in der beschleunigten Form verbieten.“ Wenn die Regierung dem Arbeiter das Recht gäbe, Streikbrecher zu terrorisieren, dann dürfe sie nicht durch eine Bekämpfung der Kartelle Preis-Streikbrecher großziehen — so etwa meint der Königlich-Bulgarische Konsul.

Wenn in Deutschland nur vernünftige Leute lebten, so könnte man den bulgarischen Konsul Klönne zu den übrigen Gestalten aus dem Wahlsystemkabinett der Reaktion legen. Aber in Deutschland ist keine Hechtformel dünn genug, daß sie nicht dennoch ihre Anhänger fände. Deswegen sei hier einmal darauf hingewiesen, daß es in den Vereinigten Staaten von Amerika die Unternehmer zwei Jahre lang versucht haben, die Gewerkschaften durch die Anti-Trustgesetzgebung zerschlagen zu lassen. Feiler hat diesem Kampfe in seinem Amerikabuch eine interessante Untersuchung gewidmet. Die Gewerkschaften sind dabei Sieger geblieben. Sie siegen, weil gegen ihre Beweise auch der reaktionärste Unternehmer nicht mehr aufkam. Es ist an der Zeit, an jene Beweise, daß Gewerkschaften keine Kartelle sind, neu zu erinnern.

„Die Arbeitskraft ist nicht ein Produkt, sie ist die Fähigkeit, zu produzieren.“

„Gefüge, die die gleiche Ordnung anwenden auf den Arbeiter wie auf die Erzeugnisse des Arbeiters, sind auf der Anschauung aufgebaut, daß es keinen Unterschied gebe zwischen Menschen und Sachen. Diese Theorie weigert dem Arbeiter die Achtung und die Rechte menschlicher Wesen!“

Die amerikanischen Gewerkschaften haben sich mit Erfolg dagegen gewehrt, daß man den Stahlarbeiter und die Schiene, die er auswalzt, den Zimmermann und die Säge, die er benutzt, den Buchdrucker und die Typen auf eine Stufe stellt. Der Clayton Act von 1914, der den amerikanischen Gewerkschaften die gesetzliche Anerkennung des Tarifbestandes brachte, daß auf sie die Bestimmungen der Anti-Trustgesetze keine Anwendung finden dürften, beginnt mit der feierlichen und programmatischen Erklärung: „Die Arbeit eines menschlichen Wesens ist nicht eine Ware oder ein Handelsartikel.“

Aber das braucht ein Königlich-bulgarischer Konsul, der als Schwerindustrieller in Dortmund sitzt und auf der Reichswahlliste der Deutschnationalen Volkspartei gewählt worden ist, als Unter-

schied weder zu wissen noch zu begreifen. Bei uns in Deutschland kann man noch gegen die Arbeiter und im besonderen gegen die Gewerkschaften mit Argumenten hegen, die sogar in Amerika schon seit zehn Jahren geschlecht totgeschwiegen sind. Kurt Heinig.

Lohnbewegung der graphischen Hilfsarbeiter. Gegen Tariffündigung und Lohnabbau.

Zur allgemeinen tariflichen Lage im Gewerbe nahmen in einer überfüllten Versammlung am 24. Januar, die durch Gefangenswärtler des „Männerchors Solidarität“ eröffnet wurde, die graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Berlins Stellung. Der Vorsitzende Gloth referierte über die im Dezember stattgefundenen Lohnverhandlungen und die Kündigung des Reichshilfsarbeitertarifs.

Er unterrichtete in seinem Vortrage die Vorgänge, die bei den Lohnverhandlungen vor dem Zentralschlichtungsausschuss zur Ablehnung der Lohnforderung der Schichten und Hilfsarbeiter geführt haben. Zur Kündigung des Reichshilfsarbeitertarifs übergehend, teilte er mit, daß der bisherige Zustand des gleichen Ablauftermins der beiden Tarife (Buchdrucker wie Hilfsarbeiter) durch die Verlängerung des Gehilfentarifs bis zum 28. Mai aufgehoben ist. Er drückte sein Erstaunen über die Begründung der Unternehmer zur Tariffündigung aus. Ihre Behauptung, daß der Hilfsarbeitertarif für sie „nicht mehr tragbar“ ist, ist sehr faden-scheinig. Sie folgen damit doch nur der Parole der deutschen Arbeitgeberverbände, deren Absicht dahin geht, Löhne wie auch soziale Bestimmungen (Ferien usw.) der un- oder angelernten Arbeiter zu verschlechtern. Um so ein leichteres Spiel glauben sie dann mit den gelerneten Arbeitern zu haben.

Daß auch wir mit den jetzigen Bestimmungen des Tarifs nicht einverstanden sind, beweist ja die Resolution des Hamburger Verbandstages, die dem Hauptvorstand die Verpflichtung auferlegte, den Tarif zu kündigen. Eine Gauleiterkonferenz hat gleichfalls zu der Situation Stellung genommen. Der Tarif ist also von beiden Seiten gekündigt worden.

Von den Unternehmern wird die allgemeine Wirtschaftsdpression ausgenutzt und vielfach tage- und stundenweises Auslegen von der Arbeiterkraft verlangt. Man glaubt, dadurch die Hilfsarbeiterkraft gefügiger machen zu können. Hier müssen die Mitglieder ein wachsame Auge haben. Von allen solchen Dingen muß der Organisationsleitung sofort Kenntnis gegeben werden, damit dementsprechend eingeschritten werden kann.

Die lebhafteste Diskussion unterhielt die Ausführungen des Referenten. Alle Redner traten für einen Reichstarif und dessen Verbesserung ein. Eine Entschiedenheit im Sinne der Ausführungen des Referenten fand einstimmige Annahme.

Über die Lohnabbauabsichten des Schupferverbandes Deutscher Steindruckereibesitzer sprach der Vorsitzende B. Grohmann. Er führte aus, daß es seit langer Zeit im Steindruckgewerbe nicht möglich ist, über die Entlohnung des Hilfspersonals mit den Unternehmern eine Verständigung zu erzielen; immer muß erst der Schlichter oder Schlichtungsausschuss eingreifen und durch Spruch die Löhne festsetzen. Daß auch die Steindruckereibesitzer die jetzige Wirtschaftslage benützen würden, um die Kündigung des bis zum 1. Januar laufenden Lohnabkommens vorzunehmen, war vorauszuweisen. Ihr Antrag auf 10 Prozent Lohnabbau kann nur ein Scheitern erzeugen.

Eine Funktionärerversammlung, die im Dezember 1925 zur Lage Stellung nahm, beauftragte die Organisationsleitung, die Kündigung des Abkommens vorzunehmen und gleichzeitig eine 10-prozentige Lohnforderung zu stellen. Die Verhandlung ist traditionsgemäß ohne Erfolg verlaufen. Der angerufene Schlichtungsausschuss konnte sich nach mehrstündigen Verhandlungen nicht zu einem Spruch durchringen. Er gab folgenden Beschluß den Parteien bekannt:

„Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß die wirtschaftliche Lage der Betriebe außerordentlich schwierig ist. Insbesondere ist die Aufrechterhaltung der Fabrikation bei den überwiegend auf den Export angewiesenen Unternehmungen fast in Frage gestellt. Da der Arbeitslohn in dieser Industrie einen erheblichen Teil der Fabrikationskosten ausmacht, ist zuzugeben, daß die von dem Antragsteller geforderte Herabsetzung der Tariflöhne um 10 Prozent eine gewisse Entlastung herbeiführen würde. Andererseits kann aber nicht verkannt werden, daß diese Herabsetzung der Löhne unter den augenblicklichen Verhältnissen eine große Härte für die Arbeitnehmer wäre, die allerdings ertragen werden müßte, falls die Weiterbeschäftigung davon abhängt.“

Er empfiehlt den Parteien eine nochmalige freie Verhandlung. Diefelbe fand auch statt, aber — wie gewöhnlich — ohne Erfolg. Wieder mußte der Schlichtungsausschuss in Aktion treten. Diesmal wurde aber ein Spruch gefällt, welcher vorzieht, daß bei einem

Interstand von 138 die Löhne um 5 Proz., bei einem Stand von 135 die Löhne um 8 Proz. des jetzt bestehenden Lohnes herabgesetzt werden können. Wenn der Index auf über 148 steigt, sollen die Löhne um den gleichen Prozentsatz erhöht werden, um den diese Zahl überschritten wird.

Der Redner verpflüchte diesen Schiedspruch und illustrierte an Hand eines Beispiels die Auswirkung des Spruches. Die Versammlung lehnte den Schiedspruch ab.

Nachdem noch verschiedene organisatorische Dinge zur Sprache kamen, wurde die Versammlung geschlossen.

Arbeitsaufnahme in der Schwarzwälder Uhrenindustrie.

Donauerschingen, 26. Januar (WZ). Ueber die Lage in der Schwarzwälder Uhrenindustrie nach der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches durch den Reichsarbeitsminister wird uns von zuständiger Seite berichtet, daß in Furtwangen, Güttenbach und Sillingen die Arbeit schon vollständig wieder aufgenommen worden ist, dagegen ruht sie noch in den Orten Triberg und Schwennungen. Soweit die Kündigung der Arbeitnehmer bis zur Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches noch nicht in Kraft getreten war, ist sie von den Arbeitgebern sofort zurückgezogen worden. Die Arbeitsaufnahme in den betroffenen Betrieben dürfte im Laufe dieser oder anfangs nächster Woche erfolgen.

Schlichtung für die Saararbeiter.

Im Reichstagsausschuss für die besetzten Gebiete fand am Dienstag eine Aussprache über eine Hilfsaktion für die im Saargebiet beschäftigten, aber außerhalb desselben in Deutschland wohnenden Bergarbeiter statt. Insgesamt handelt es sich um 12000 bis 13000 Saararbeiter, darunter 8500 bis 9000 Bergarbeiter, die für eine Entschädigung in Frage kommen. Diese Arbeiter beziehen an Lohn in der Spitzengruppe etwa 725 Franken pro Monat, also rund 116 M. Der geringste Lohn beträgt etwa 90 M. Viele von diesen Saararbeitern leben während der Woche im Saargebiet und fahren nur über Sonntag zu ihrer Familie, der unter diesen Umständen etwa 50 bis 75 M. im Monat verbleibt. Bei den Arbeitern, die täglich nach Hause fahren, bleibt der Familie etwa 60 bis 85 M.

Der Ausschuss beschloß gegen den Willen des Reichsfinanzministeriums, einen Unterausschuss einzusetzen, der einen gemeinsamen Antrag für die materielle Unterstützung dieser Saararbeiter ausarbeiten soll.

Lohnforderungen der französischen Eisenbahner.

Paris, 26. Januar. (WZ). Der Minister für öffentliche Arbeiten hat geäußert eine Abordnung der Eisenbahner empfangen, die eine Lohnerhöhung forderten. Der Minister stellte in Aussicht, daß die Forderungen dem Ministerrat unterbreitet werden.

Der Lohnstreit bei den englischen Eisenbahnen.

London, 25. Januar. (WZ). Zwischen den Vertretern der Eisenbahngesellschaften und der Eisenbahnbediensteten haben heute neue Verhandlungen über die durch die Weigerung der Angestellten, die Entschädigung des Lohnabbaus anzunehmen, geschaffene Lage begonnen. Die Angestellten verlangen eine Verringerung der Entschädigung, soweit sie die Lohnfrage betrifft. Die Eisenbahngesellschaften haben ihren Standpunkt in einer Denkschrift niedergelegt, die auf einer Zusammenkunft von Delegierten der Eisenbahnbediensteten näher geprüft werden soll. Wie verlautet, haben die Eisenbahngesellschaften sich geweigert, die Ansprüche der Angestellten anzuerkennen.

London, 26. Januar. (WZ). Zur Beilegung der Krise im Verlehdrengewerbe bemerkt „Daily News“, es ließe außer Zweifel, daß ohne die feste und gemäßigte Haltung der drei Eisenbahnerführer Dobbin, Thomas und Cramp binnen vier Tagen der Streik aufgebrochen wäre. Die Stellung der Führer sei allerdings durch die schwache Mehrheit, die ihnen zum Erlolge verhalf, ernstlich erschüttert, und die Führer des linken Flügel würden durch diese Tatsache ermutigt werden. Früher oder später werde also mit einer endgültigen, grundsätzlichen Entscheidung über die künftige Politik innerhalb der Union zu rechnen sein.

Wahung, Schlichter, Karren, Donnerstag, 7 Uhr bei Hütten, Schlichter, Str. 13, Versammlung aller Schlichter, die der Richtung angeschlossen sind. Es ist Pflicht aller Gewerkschaften, diese Versammlung zu besuchen. Der Reaktionsverband.

Spezialer, Eisenbahn-Verände, Freitag, 26. Januar, nachmittags 3 Uhr, Jahresabschlussversammlung im Gewerkschaftshaus. Teilnehmen aller Gewerkschaften und -Organisationen ist Pflicht. Die Standesleitung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Heinz Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: Reich, Götze; Revision: Dr. John Schilling; Sozial- und Sanitäts: Fritz Kahlisch; Finanzen: Dr. Gleditsch; Schriftl. in Berlin: Berlin; Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Fortwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Schmitt & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Stern 2, Heilmann und „Unterhaltung und Wissen“.



Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend

Am Donnerstag, den 28. Januar 1926, eröffnen wir in
Neukölln, Berliner Strasse 96 (Laden)
die
Sparkassen - Zweigstelle Nr. 1

Hier sowohl, wie in unseren Warenhäusern: Brunnenstraße 188/190, Reinickendorfer Straße 21, Charlottenburg, Rosinenstraße 4 und Gräfenstraße 21, sowie in unserer Zentrale Lichtenberg, Rittergutstraße 17/18, werden alle Ein- und Auszahlungen sofort in das Spargbuch eingetragen. Wir verzinsen die Spargelder, beginnend mit dem auf die Einzahlung folgenden Tage, zurzeit:

kurzfristig (ohne Kündigung) mit 6 %
bei vereinbarter einmonatlicher Kündigung mit 8 %
bei vereinbarter vierteljährlicher Kündigung mit 9 %

Zum Aufsparen kleinerer Beträge sind neu eingeführt „Heim-Spargbüchsen“

Geschäftszeit von 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr

Unsere 182 Lebensmittelabgabestellen nehmen nach wie vor Einzahlungen entgegen und leisten auch Rückzahlungen



Die Friedrichstraße mit ihren Nebenstraßen ist das Vergnügungs- nertel von Alt-Berlin. Hier und 'Unter den Linden' häufen sich die großen Hotels, die Theater und Kinos, Restaurants und Kaffee- häuser, Dienen und Bars. In der Jägerstraße liegen die Tanz- salons: 'Wien-Berlin', 'L'phelle' usw.; besondere An- ziehungspunkte für die Fremden, die in Berlin etwas erleben mö- chen. Lichtreklame erleuchtet taghell die Straße und zeigt den 'Pro- vinzantel' den Weg zum 'Blud'. In der Jägerstraße liegt — neckischer Zufall! — dicht neben den Tempeln der Lust und der Liebe aber auch ein graues kühleres Haus — es bleibt nachts ganz im Dunkeln —, das recht ernsthaften Zwecken dient. Die es aufsuchen müssen, tragen keine Gesichter nach den geräuschvollen und kaffee- spieligen Vergnügungen, die sich in späten Abendstunden in den neben- liegenden Lokalen abspielen. Und diejenigen, die nachlässigerweise in gehobener Stimmung oft in leichtsinniger Weise in den Stätten des Vergnügens ihr Geld oder das anderer Leute vorjubeln, denken nicht an den Leidensweg, den andere am Morgen nach dem Hause neben- an, dem 'Städtischen Leihamt', wandeln, in dem am Schluß des vergangenen Jahres allein nicht weniger denn 43000 Pfänder, die nicht eingelöst wurden, lagerten.

Wer verfehlt?

Auf die Frage, wer die Hilfe der Leihhäuser und Pfandleiher in Anspruch nimmt, ist zu antworten, daß alle Bevölkerungs- klassen daran beteiligt sind. Selbstverständlich nicht in gleichem Maße. Und der Krieg hat auch hierin große Verschiebungen gebracht. Waren vor dem Kriege annähernd zwei Drittel aller Pfandgeber Hand- werker und Gewerbetreibende, so ist deren Anteil im Jahre 1924 auf nur ein Drittel gesunken. Dagegen ist der Anteil der Gelehrten, Künstler, Ärzte, Literaten und Studierenden erheblich gestiegen, nämlich von 4,4 Proz. im Jahre 1913 auf 8,5 Proz. im Jahre 1924. Noch auffälliger ist die vermehrte Inanspruchnahme der Leihhäuser durch die Beamten: sie stieg von 4,6 auf 11,9 Proz. Bei diesen, wie bei den freien Berufen wird man die häufigere Benutzung der Pfand- leihanstalten ohne weiteres mit der inzwischen eingetretenen und ver- größerten Notlage erklären können. Das gleiche dürfte für den hohen Anteil der 'alleinstehenden Frauen' zutreffen. Diese waren 1913 mit 18,6 Proz., 1920 mit 34,5 Proz. und 1924 mit 30 Proz. beteiligt. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß es sich hier zum großen Teil um ehemals gutgestellte, durch den Krieg und die In- flation verarmte Frauen handelt, die gezwungen sind, alte, wertvolle Vermögensstücke (liebgewordene Andenken) gelegentlich zu verfehlen. Ob man nun demgegenüber den verringerten Anteil der Handwerker und Gewerbetreibenden — 60,2 — 43,0 — 34,0 Proz. — als einen Beweis für steigende Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse anzu- sehen berechtigt ist, scheint zum mindesten zweifelhaft. Zur Beur- teilung der wirtschaftlichen Lage einer so zahlreichen, in sich aber doch sehr ungleichartigen Bevölkerungsklasse bietet eine solche Einzel- erfahrung keinesfalls eine genügende Unterlage.

Die privaten Pfandleiher.

Die obigen Zahlen sind durch Erhebungen des Statistischen Am- tes der Stadt Berlin gemonnen, sie beziehen sich aber nur auf das staatliche Leihamt. Eine von uns vorgenommene ergänzende Um- frage bei einer Reihe von privaten Pfandleihern in den verschie-

densten Stadtbezirken führte im allgemeinen zu denselben Ergeb- nissen. Außer dem staatlichen Leihamt, das der Staatsbank ange- gliedert ist, besteht nur noch ein öffentliches Leihhaus, das Städtische in Neukölln. Die Zahl der privaten Pfandleiher betrug nach einem im Berliner Polizeipräsidium geführten Verzeichnis Ende 1924 313. Von den zurzeit ausgeübten 286 Gewerbebetrieben entfallen 213 auf die alte Stadt; von den Löhbezirken folgen Charlottenburg mit 21, Schönberg mit 18, Neukölln mit 10 Pfand- leihern, die übrigen haben weniger denn 10, einige, wie Zehlendorf und Reinickendorf, gar keine. Neben diesen nach § 34 der Gewerbe- ordnung zugelassenen Pfandleihern gibt es noch zahlreiche nicht- konzessionierte, die ihr Geschäft im Dunkeln betreiben, und deren Randschaft sich vorwiegend aus Dieben und Hehlern zusammensetzt.

Was wird verfehlt?

Das ist verschieden, je nach der Stadtbezirk. In den westlichen Bezirken sind es in der Hauptsache Gold, Juwelen, Schmuckgegen- stände, auch Gemäde, Teppiche und Pelze; andere Kleidungsstücke kaum. Dementsprechend sind hier die Beleihungen im Durchschnitt höher, als in den ärmeren Vierteln. In den Leihhäusern des Nordens und Ostens kommen in der Tat sehr oft Beleihungen von 3 bis 2 Mark und darunter zur Ausführung. Ein altes Kleidungsstück, ein wenig Wolle muß ins Leihhaus, um ein paar Tage leben zu können. Ganz allgemein ist der durchschnittliche Pfandwert gegenüber der Vorleie- zeit wohl herabgegangen. Während im Jahre 1913 sich der durch- schnittliche Leihbetrag für ein Pfand beim staatlichen Leihamt auf 43 M. stellte, betrug er 1924 nur 12 M. Beim städtischen Amt sank er in der gleichen Zeit von 14,30 M. auf 7,66 M. Diese Erscheinung läßt sich in der Hauptsache nur dadurch erklären, daß heute gering-



wertigere Gegenstände ins Leihhaus wandern. Ueber den Um- fang der Beleihungen erhält man ein ungefähres Bild, wenn man erfährt, daß beim staatlichen Leihamt allein im Laufe des Jahres 1924 insgesamt 171000 Pfänder beleihen oder erneuert worden sind. Das Neuköllner Amt hatte rund 20000. Bei beiden zusammen ein Mehr von 14000 gegenüber von 1913.

Unter der Kontrolle des Gesetzes.

Das Gewerbe des Pfandleihers gehört, wie schon erwähnt, zu den sogenannten konzessionierten Gewerben, d. h. die Aus- übung des Gewerbes ist an bestimmte Bedingungen gebunden. So ist den Pfandleihern auch die Höhe der Leihgebühren vorgeschrieben. Diese dürfen bei einer Beleihung bis zu 30 M. 5 Proz., bei einer solchen von über 30 M. 6 Proz. betragen. Der Vorbehalt, daß dies ein recht hoher Zinssatz sei, begegnen die Pfandleiher mit dem Hin- weis darauf, daß sie selbst nur sehr schwer und nur gegen sehr hohe Zinsen Betriebskapital erhalten könnten, daß sie große, teure Räume haben müßten. Ihr eigenes Kapital sei in der Inflationszeit voll- kommen verloren gegangen. Der Leihvertrag gilt immer für zwei Monate und muß dann vom Pfandgeber wieder erneuert werden, wenn er sein Pfand nicht 'verfallen' lassen will. Die öffentlichen Leihhäuser lassen lange über diese Zeit hinaus verstreichen — 6 Monate und mehr —, ehe sie die verfallenen Pfänder zur Ver- steigerung bringen. Aber auch die privaten Pfandleiher haben kein Interesse mit ihren 'Kunden' besonders hart umzugehen. Armut bei der stets durch einen amtlichen Auktionator auszuführenden Ver- steigerung ein Gewinn heraus, dann muß dieser, falls er von dem früheren Besitzer des Pfandes nicht abgeholt wird, städtischen Wohl- fahrtskassen zugeführt werden. Endet sie mit einem Verlust, muß das Leihhaus ihn tragen.

Im ganzen muß gesagt werden, daß die Leihhäuser einem vor- handenen, durchaus dringlichen Bedürfnis entgegen- kommen. Viele kleine Leute, Arbeiter, Angestellte, Beamte, aber auch sonst gutsituierte Personen, kommen in plötzliche, vorübergehende Notlage, aus der sie sich, da ihnen andere Kreditmöglichkeiten fehlen, durch Verpfand eines Wertstückes befreien können. Da die Pfand- leiher unbedingte Diskretion wahren müssen, werden dem Pfand- geber peinliche Schamgefühle erspart.

Eine neue städtische Auslandsanleihe.

Die Berliner Elektrizitätswerte, die Städtische Betriebs- gesellschaft für die Verwaltung der der Stadt gehörenden Elektri- zitätsanlagen, stehen unmittelbar vor dem Abschluß einer neuen Auslandsanleihe. Diese soll mit einem Betrage von 3 Millionen Dollar, also 12 Millionen Goldmark, bei einem ameri- kanischen Bankhaus in New York aufgelegt werden. Die Be- dingungen des Darlehens sind bereits wesentlich günstiger, als früher von der Stadt abgeschlossene Anleihen. Die ausgegebenen Obliga- tionen sollen mit 6 1/2 Proz. verzinst werden. Dafür soll der Aus- gabekurs für den Betrag von 1 Million Dollar, der auf ein Jahr gegeben wird, etwa 96 Proz. betragen, und der Ausgabekurs für 2 Millionen Dollar, die auf 3 Jahre gegeben werden, etwa 94,5 Proz. Insgesamt würde die Realverzinsung dieser neuen städtischen Anleihe also nur wenig über 7 Proz. betragen. Die bisherigen Anleihen der Stadt bzw. städtischer Gesellschaften in Amerika und in der Schweiz waren mit einer Realverzinsung von rund 8,5 Proz. belastet. Der Unterschied ist also erheblich; er erklärt sich wohl z. T. aus der beschränkten Dauer des Kredites, wogegen als sicher angenommen werden kann, daß der Kredit zu gegebener Zeit verlängert werden wird. Für die Aufnahme dieses Darlehens braucht die Stadt keinerlei Bürgschaft zu übernehmen. Der Vertrag wird lediglich zwischen der Berliner Elektrizitäts- werke L.G. und der New Yorker Bank geschlossen. Infolgedessen fällt diese Anleihe auch nicht unter die Vorschriften, die für die Be- nehmigung von Kommunalanleihen von Reichs wegen erlassen worden sind. Hier kommt den Städtischen Werken der Vorteil der privaten Rechtsform voll zugute. Der Anleihebetrag soll im wesentlichen die Refinanzierung des Kummels- burger Baues ermöglichen. Indirekt entlastet er natürlich auch den Stadtkämmere von mancherlei Sorgen, da der Kämmerer selbstverständlich für die großen Ausgaben der Elektrizitätswerte während ihrer Bauperiode mit hätte einsparungen müssen. In städtischen Kreisen hofft man, daß es möglich sein wird, auf dem Wege über die angekündigten Verbindungen später auch zu weiteren Abschüssen zu kommen, da ja die städtischen Betriebe zu den rentabelsten und finanziell sichergestellten Industrieunternehmungen überhaupt zu zählen sind.

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

Es war gut, daß es kein schwerer Dienst war, denn dem hätte Eva nicht gerecht werden können. Eine große Müdig- keit war über ihr, die Ohnmachten von früher stellten sich wieder ein, aber sie kämpfte nicht mehr gegen diese an, fürchtete all das, was kommen konnte, sicher wiederkommen würde, nicht mehr. Was nützte es, daß sie sich wehrte, es kam ja doch. Das Heben und Tragen von Fräulein Sophie war zu schwer für Eva gewesen, und daß sie das jetzt nicht mehr zu tun nötig hatte, das war für sie das Allerschwerste. Sie konnte es nicht vermeiden, was ihr da geschehen war, wo sie so fest an das tiefste Verstehen, an Liebe, an Erbarmen geglaubt hatte. War sie denn selbst dieser, von allen anderen 'Fräulein Budel' und 'mißgestaltet' genannten, war sie selbst dieser Genossin im Unglück nicht gut genug? Berab- schungswürdig? Wie sollten sich dann die anderen, die Ge- funden, zu ihr stellen? Berabscheut, ausgestoßen! Mit gekentten Lidern, mit zusammengepreßten Lippen schlich Eva. Ach, wenn sie doch damals beim Sprung aus dem Fenster sich zu Tode gefallen hätte! Es erhob sich jetzt manchmal eine Sehnsucht nach dem Tode in ihr, eine un- endliche Sehnsucht, die der Sehnsucht gleich war nach einem Vater. — 'Wie kommst du dir bloß diese schielende Person mitien?' sagte der Baron zu seiner Frau. 'Die ist mir direkt unsympathisch, unheimlich mit ihrem schiefen Blick.' 'Mir ist sie ganz sympathisch,' sagte sie, 'ich finde auch nicht, daß sie schielt. Ihr Blick ist nur etwas geniert. Und un- heimlich?' Ein etwas spöttisches Lächeln zog flüchtig die Mundwinkel der Frau herab, in den Augen, die dem Mann folgten, der, auf zwei Krücken gestützt, sich mühsam durch den Salon schleppte, brannte es auf wie Ungegend. Aber das Feuer erlosch, der Blick war jetzt nur zerquält. 'Unheimlich, meinst du? Unausdrücklich!' 'Du wirst die doch nicht etwa mitnehmen wollen, wenn wir nach Dennhausen gehen?' 'Ach dachte daran. Aber wenn du es nicht willst, lasse ich es. Du nimmst ja deinen Friedrich mit. Uebrigens' — sie senkte den Blick — 'soll ich denn wieder mitgehen? Wirft

du nicht allein mit Friedrich reisen?' Es war ein vorsichtiges Sondieren in diesem Sprechen, eine leise Anfrage. 'Ich denke gar nicht daran.' Er regte sich förmlich auf über diese rücksichtslose Idee seiner Frau: allein, nur mit dem Diener wollte sie ihn lassen?! Allein in seinem traurigen Zustand? Allein noch dazu in diesem verwünschten Nest, in dem man nichts sah als Rollstühle und klapprige Menschen! Der Egoismus des Kranken empörte sich in ihm. Er wollte aufstehen, ihr Vorwürfe machen, aber da sah er ihre schöne Gestalt noch in aller Jugendlichkeit, ihre Lebensfülle, und sich mühsam zu ihr heranschleifend sagte er: 'Es ist schreck- lich für dich, das weiß ich. Aber laß mich nicht allein, ich bitte dich. Es ist zu traurig für mich. Ich würde verzweifeln vor Deditigkeit, vor Langeweile. Was soll ich anfangen allein mit mir! Friedrich ist doch keine Gesellschaft. Mein Gott, mein Gott' — es war schon jetzt wirklich Verzweiflung in seinem Ton — 'ich bin doch ganz auf deine Gesellschaft an- gewiesen. Freilich, du kannst leicht bessere finden!' Er lauerte auf ihre Antwort, in seine Augen kam ein Blick töd- licher Angst. Sie gab keine Antwort, sie zuckte nur die Achseln und sah ihn ruhig, stolz an. Er wich ihrem Blick aus, er jammerte: 'Ich brauche dich, ich brauche dich so nötig! Ich wäre sonst instande, schöffe mir an einem Tag, an dem sich die Sonne vertriebt und der Regen fällt, eine Kugel in den Kopf.' 'Sprich doch nicht so!' Die Augen der jungen Frau, die aufgeglänzt hatten in der Hoffnung; vielleicht reißt er allein, verdunkelten sich wieder. 'Selbstverständlich begleite ich dich. Aber es ist ja noch lange bis dahin.' Sie seufzte; es war ein Seufzer der Erleichterung; Gott sei Dank, daß es noch lang hin war bis zu dieser Reise! Sie fürchtete sich vor Dennhausen, sie fürchtete sich vor den Rollstühlen, und fürchtete vor den Schicksalen, die in diesen Rollstühlen abrollten. Sie ist doch eine arme Frau, wenn sie auch reich und schön ist, dachte Eva. Und das nahm zuweisen die Unlust zur Arbeit wieder von ihr, aber nur zuweisen. Bei den alten Leuten, den Peterleins, hatte sie gern gearbeitet, auch bei anderen, selbst bei den Willkowskis, und bei Rothes erst recht; nun war es ihr oft, als seien ihre Hände gelähmt. Das liebte wäre es ihr gewesen, still darzustehen, die Hände in den Schoß zu legen, und wenn dann der Tod hinter sie ge- treten wäre. Aber sie wußte ja, so wie man es wünschte mit

dem Tod, so ging es nicht. Der kam nicht, wenn man ein- fach sagte: 'Komm!' Der wollte erkämpft sein. 'Ist Ihnen nicht wohl?' fragte die Baronin. Sie hatte Mitleid mit dem Mädchen; das war so gedrückt, ein Kummer schien auf ihm zu lasten. Gewiß Liebeskummer. Sie fragte, als Eva stumm vor ihr kniete, ihr die Stiefelchen zupfückte, ganz unvermittelt: 'Haben Sie Kummer? Liebeskummer?' Da mußte Eva lächeln — sie und Liebeskummer! 'Nein, Frau Baronin.' 'Sie haben aber doch sicher einen Bräutigam?' 'Evas Lächeln wurde stärker, es verzog bitter ihren Mund. 'Einen Bräutigam — nein, Frau Baronin.' 'Aber, das werden Sie mir doch nicht weismachen, Sie sind doch jung; jedes Mädchen hat doch einen Mann, dem sein Herz gehört!' Die Baronin ließ nicht nach; wach ein unglücklicher, hoffnungsloser Blick war in diesen eigentlich ganz schönen, haselnußfarbenen Augen. 'Eva, seien Sie mal aufrichtig,' sagte sie gütig und dämpfte ihre Stimme: 'Haben Sie vielleicht zu Hause ein Kind? Gestehen Sie es nur, es ist keine Schande!' Ja, das mußte es wohl sein, was dieses Mädchen so verstörte! Durch die Seele der Frau zog es wie verkündender Schmerz: ein Kind, ein Kind! Diese Eva schute sich gewiß nach ihrem Kind. 'Ein Kind? Nein, gnädige Frau!' Eva lachte plötzlich laut und groll heraus: was das denn nicht zum Lachen? Sie ein Kind! Sie, die verdammt war, einsam durchs Leben zu gehen, wenn sie ehrlich sein wollte; sie, die für sich allein bleiben mußte, wenn sie nicht noch andere mit hineinziehen wollte in ihr Geschick! 'Nein!' Sie wollte das Nein nur zu sich selber sagen, aber es kam laut heraus, ein Aufschrei mitten im Lachen. Die Baronin war fast verlegt; ihre Frage war doch so gut gemeint gewesen, gar nicht zum Lachen. Und dies Mädchen lachte sie aus? Wirklich, darin hatte ihr Mann recht: ein eigentümliches Mädchen. Es war auch ganz un- schuldig, dieses Lachen. Sie fragte nun nicht mehr. Aber daß diese junge Person, fünfzehn Jahre jünger als sie selber, keinen Geliebten, keinen Bräutigam haben sollte, das konnte sie nicht glauben. Aber freilich — die schöne Frau stürzte den Kopf in die Hand, ein leichtes Frösteln überrieselte ihre Gestalt — hatte sie selber denn etwas von Liebe in ihrem Leben? Und das würde auch ihr keiner glauben. Ihr erst recht nicht. (Fortsetzung folgt.)

Saubeginn bei der AEG-Bahn.

Auf Grund der städtischen Beschlüsse über den Saubeginn bei der AEG-Bahn, die am Donnerstag auch von der Stadtoverordnetenversammlung bekräftigt werden, hat das Bauamt der Nord-Süd-Bahn sofort mit den Arbeiten begonnen. Schon in den nächsten Tagen wird sich das Straßenbild am Hermannplatz und am Kottbuser Damm in der bei Untergrundbahnbauten gewohnten Weise verändern. An der Westseite des Hermannplatzes sind sämtliche Häuser inzwischen enteignet worden; sie fallen der Spitzhacke zum Opfer. Die AEG-Bahn wird hier in offener Baugrube gebaut werden, ebenso im Zuge des Kottbuser Damms, der breit genug ist, um der offenen Baugrube Raum zu geben. Allerdings werden dann die Bürgersteige rechts und links für den Straßenverkehr herangezogen werden müssen. Bei der Gelegenheit des Bahnbaus wird teilweise der Kottbuser Damm später ein neues Bild bekommen. Ebenso wird der Hermannplatz nach Fertigstellung in vollkommen neuem Gewande erscheinen; er wird vergrößert und modernisiert werden und dadurch zu einer städtebaulich und verkehrstechnisch bemerkenswerten Neuschöpfung werden. Unter der Erde nehmen die Arbeiten an der Fertigstellung des Bahnhofs Hermannplatz einen raschen Fortgang. Gelegentlich der Eröffnung des Bahnhofs Kreuzberg wird der Presse und den Stadtoverordneten auch die Möglichkeit zur Besichtigung der der Vollendung entgegengehenden Anlagen des größten Untergrundbahnhofs Berlins gegeben werden. Schon jetzt gewährt der Bau im Inneren einen imposanten Anblick. Hier werden zum erstenmal im Berliner Verkehr die rollenden Treppen zur Geltung kommen, die in rascher Folge dann bei dem Umbau am Bahnhof Hallesches Tor und bei der neu entstehenden Kreuzung am Kottbuser Tor auch eingebaut werden sollen. Man hofft, an den Bauten im Zuge des Kottbuser Damms und darüber hinaus sowie bei der Aufschüttung des Luisenstädtischen Kanals, der ebenfalls von der Stadtoverordnetenversammlung grundsätzlich beschlossen ist, mehrere tausend Arbeiter beschäftigen zu können. Die Einstellungen haben zu einem Teil bereits begonnen. Zur vollen Auswirkung werden sie natürlich erst in etwa zwei bis drei Wochen kommen können.

Der Roman einer Belgierin.

Sie will — ihre Revanche.

Die Geschichte, die sich vor Gericht abspielt, könnte ganz gut wahr sein. Sie klingt zwar etwas romantisch, paßt sich im übrigen aber durchaus dem Leben an. Die Angeklagte ist wahrscheinlich Belgierin oder Französin. Die dunklen Augen, die groß und kindlich in die Welt schauen und ebenso geheimnisvoll leuchten wie das tief schwarze Haar, die Sprache, die lebhaften Bewegungen, sie alle deuten darauf hin. Aber dann...

Fräulein Barret wollte also in ihrer Heimat einen deutschen Ingenieur kennengelernt haben. Auf die erste und alle weiteren Fragen des Vorstehenden nach Nam' und bei des Betreffenden immer dieselbe Antwort: „Ich sage es nicht, ich will selbst — meine Revanche!“ Beide wollten in Liebe zueinander entbrannt gewesen sein, die Belgierin zum Deutschen und umgekehrt. Selbst ihren Eltern hätte sie es mitgeteilt, sei aber auf den entschiedensten Widerstand gestoßen, weil er ein — Deutscher war. Darauf wäre der gemeinsame Entschluß erfolgt, nach Deutschland zu ziehen! Dem Entschluß sei die Tat, dieser ein ganzes langes Jahr ungetrübten Glücks gefolgt. Dann habe Madeline langsam merken müssen, daß sich ihr Freund immer mehr und mehr von ihr zurückzog. Er habe sich doch wohl nach einer deutschen Frau gesehen. Eifersuchtsszenen und ständig wiederkehrende Streitigkeiten hätten ihn dann veranlaßt, sie ganz allein im fremden Land einfach sitzen zu lassen. Nach Hause aber wollte sie nicht eher, bis sie ihre Revanche hätte. Was nicht ausbleiben konnte, kam. Heute war sie Statistin im Film oder Theater, morgen Sprachlehrerin, dann mal wieder Ueberseherin, alles vorübergehende Berufe, die sie auf die Dauer nicht erdulden konnten. So belag sie ihre Wittinnen, ergriffte von größeren Summen, die aus Belgien kommen sollten, aber niemals eintrafen. In einigen Fällen unterschlug sie Sachen, die sie aufs Leibhaus brachte. Schließlich wurde sie verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis gesetzt. Und das alles, weil sie selbst — ihre Revanche haben wollte! Daß sie „ihn“ nicht nannte, nichts, gar nichts von „ihm“ erzählen wollte, mußte natürlich bedenklich und gegen ihre Erzählungen vom traurigen Schicksal einnehmen. Aber trotzdem konnte ja alles wahr sein! Und wenn sich das Gericht auch mehr an ihre Taten als an ihre Worte hielt, es war noch ziemlich milde — 3 Monate Gefängnis erhielt Madeline Barret, wozu 2 Monate und 1 Woche auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. Als noch drei Wochen, dann wird Mademoiselle Madeline frei sein und nach Belgien zurückzukehren.

Wie wird das Wetter? — Sonnige Morgenstunden!

Während die Innenstadt durch den frischen milden Wind des gestrigen Tages ziemlich trocken geworden ist, tappt der geplagte Mensch der Vororte noch in Röhren herum. Aber auch das wird besser werden, ist doch für heute mit zeitweiser aufgestärktem, sonnigem und meist trockenem Wetter zu rechnen. Trotz des Sinkens der nächtlichen Temperatur wird das Thermometer kaum unter null Grad sinken. Die Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wird wolkenlos sein. Am Donnerstag mittag ist nach sonnigen Morgenstunden mit neuer Trübung, eventuell auch Niederschlägen zu rechnen. Kälte ist jedoch nicht zu erwarten. Der Wetterumschlag hat auch die Gebirge nicht verschont. Ueberall ist Tauwetter eingetreten. Das Quecksilber steht überall über Null, und der Wintersturm mußte eingestellt werden. Nur der Ramm des Riesengebirges weiß schwachen Frost an. Hier liegt noch Schnee. Sonst ist für den Wintersturm, die Konjunktur im wahren Sinne des Wortes zu Wasser geworden.

Eine Hausangestellte verhungert?

Kurz vor Weihnachten wurde in der Wannseer Forst die vollkommen erstarzte Leiche eines jungen Mädchens gefunden, die bald darauf als eine Hausangestellte namens Erika H. ermittelt wurde. Die in Jeshendorf vorgenommene gerichtsarztliche Untersuchung ergab zwar, daß eine gewaltsame Todesursache nicht vorlag, und diese Tatsache wurde auch der Öffentlichkeit übermitteln. Nicht aber bekam sie eine andere sehr befreiende Tatsache zu erfahren, daß Magen und Darm der Toten vollkommen leer von Speiseresten war, daß überhaupt der allgemeine Ernährungszustand des Mädchens ein geradezu erbärmlicher gewesen ist, daß die Vermisse also vermutlich dem Hungertod erlegen war. Dieser Umstand wäre nun aus einem ganz besonderen Grund von erheblicher Bedeutung, weil nämlich in Jeshendorf das Gericht nicht verurteilen will, daß das Mädchen zuletzt bei einem Potsdamer evangelischen Pfarrer in Stellung war, wo sie nicht mit der Sorgfalt gepflegt worden sein soll, die man in einem christlichen Haushalt erwarten darf. Die Tatsache, daß das Jeshendorfer Jugendamt ein Pflegekind aus einem Haushalt reifen will, wo es sich bei konfessionlosen Eltern wohl und glücklich fühlt, um es einem christlichen Haushalt zuzuführen, hat auch die Erinnerung an diesen Vorfall wieder erweckt und man wünscht von den beteiligten Behörden, daß sie über den Fall der offenbar verhungerten Erika H. und besonders über ihre letzte Stellung volle Aufklärung schaffen.

Schwere Verkehrsunfälle.

Im Norden Berlins, in der Grünhäger Ecke Christianiastraße, wurde gestern nachmittags gegen 3 Uhr der 6 Jahre alte Willi Schabmann aus der Grünhäger Straße 29 von einem Geschäftswagen erfasst, überfahren und war sofort tot. Ein weiterer schwerer Unfall ereignete sich in Tempelhofer Park bei der Ecke Berliner Straße. Hier wurde die 38 Jahre alte Ehefrau Hedwig Konrad von einem Privatauto erfasst und mehrere Rippen mitgeteilt. Mit inneren Verletzungen und einem schweren Schädelbruch wurde die

Betzungsfläche nach dem St. Korber-Krankenhaus transportiert. Auf der Charlottenburger Chaussee wurde der Postkutscher Otto Raddach aus Moabit gleichfalls von einem Privatauto erfasst. Mit inneren Verletzungen und einer schweren Gehirnerschütterung wurde er in das Krankenhaus übergeführt. Von einem eigenartigen Unglücksfall wurde gestern nachmittags die 47jährige Keimachefrau H. Stein aus der Falkensteinstraße 35 betroffen. Sie war auf ihrer Arbeitsstelle an der Schiene damit beschäftigt, einen Ralleimer die Treppe hinunterzutragen, glitt aus, stürzte die Treppe hinunter und schlug mit dem Kopf auf den Eimer auf. Mit einem schweren Schädelbruch wurde die Unglückliche in bewußtlosem Zustande in das Krankenhaus Am Urban eingeliefert.

Arbeiterwohlfahrt

Bezirksausschuß / Kreisvorstände / Ausschuß zur Bekämpfung von Jugendnot / Sozialbeamten und Jugendgerichtsschöffen

Konferenz am Freitag, den 29. Januar, abends 7^{1/2} Uhr im Berliner Rathaus, Eingang Jüdenstr., Zimmer 109
Tagesordnung: 1. Rechte und Pflichten der Jugendrichtern. Referent: Genossin Geyer. — 2. Die Aufgaben der Schulausschüß. Ref.: Minna Lodenhagen. — 3. Verschiedenes.

Marie Madeleine gegen Professor Reinhardt.

Ein interessanter Prozeß fand gestern vor dem Zivilgericht statt. Die Schriftstellerin Marie Madeleine verlangte auf Grund des Artikels 9 des Urheberrechtsgesetzes, das Zulage, Kürzungen und sonstige Änderungen eines Wertes verbietet, soweit dieses nicht besonders vereinbart ist, eine vorläufige Verurteilung zu dem Zwecke, weitere Aufführungen ihres Jugenddramas „Die drei Nächte“ in den Kammerspielen zu verbieten. Dem Prozeß lag folgender Tatbestand zugrunde:

Marie Madeleine hatte im Jahre 1918 das Verlagsrecht auf 15 ihrer Werke dem Franz-Moeder-Verlag, Leipzig, übertragen, mit der Klausel, daß sie sich „jeder Verfügung über die Werke begeben“. Professor Max Reinhardt hatte seinerseits vom dem genannten Verlag das Aufführungsrecht für „Die drei Nächte“ erworben. Sie sollten in der „Komödie“ am Kurfürstendamm als Nachvorstellung um 11^{1/2} Uhr abends stattfinden. Marie Madeleine hatte sich durch ihren Vertreter am 11. Dezember an das Deutsche Theater mit dem Anliegen gewandt, ihr für das Bearbeitungsrecht eine gewisse Entschädigung zu zahlen. Der Vertrag, nach dem die Schriftstellerin sich jedes Rechts auf Einspruch gegen die Bearbeitung der „Drei Nächte“ begab, wurde perfekt. Die Entschädigung lautete auf einmalige Zahlung von 2500 M. und eine vierprozentige Lantieme von jeder Aufführung. Laut der ortsständigen Versicherung des Direktors des Deutschen Theaters, Cassirer, soll Frau Marie Madeleine darüber im Klaren gewesen sein, daß es sich um eine parodistische Bearbeitung handelte. Als der Verlag Moeder von diesem Vertrage erfuhr, legte er gegen ihn Einspruch ein und erklärte, daß nicht Marie Madeleine, sondern er auf eine Entschädigung Anspruch habe. In der gestrigen Verhandlung vertrat Rechtsanwalt Bloch den Standpunkt, daß die Bearbeitung eine Travestie bedeute, d. h. eine Wiedergabe eines ernsthaften Inhalts in einer spöttischen Verkleidung, von der Marie Madeleine erst aus Äußerungen erfahren habe. Ihr sei damals von dem Vertreter des Deutschen Theaters erklärt worden, daß es sich nur um eine harmlose Bearbeitung handeln würde. Der Vertreter Professor Reinhardts stellte sich auf den Standpunkt, daß Marie Madeleine über die Art der Bearbeitung ihres Wertes im Klaren gewesen sein müsse. Während das Gericht sich zur Beratung zurückgezogen hatte, kam jedoch zwischen den Parteien ein Vergleich zustande. Die Klägerin erklärte sich nun bereit, ihre Klage zurückzunehmen und gegen weitere Aufführungen keinen Einspruch zu erheben, falls ihr eine Restsumme und auch die vereinbarte Lantieme ausbezahlt würde. So endete der Prozeß, in dem es zuerst um eine sehr ideale Sache ging, nämlich um den Wortlaut, den die Dichterin ihrem Werk gegeben hat, damit, daß sich die Dichterin mit dem veränderten Wortlaut des Wertes durchaus einverstanden erklärte, wenn sie nur — Honorar und Lantieme bekam.

Gegen die Fürstenabfindungen!

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold beranfaßt heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, sieben große Kundgebungen, in denen namhafte Redner aller republikanischen Parteien zu der Frage Stellung nehmen. Die Versammlungen finden in folgenden Sälen statt: Germaniastraße, Chausseestraße; Neuer Saal des Schweizer Gartens, Am Friedrichshain; Altes Festzelt, Hallesche; Wälders Blumengarten, Oberschöneweide; Denningstraße, Am Wohnhof Richterstraße-Dt.; Stadt-Theater, Köpenick; Seth Festzelt, Spandau, und auf dem Wittenbergplatz in Charlottenburg. Es sprechen Reichstagspräsident Lobe, Ministerpräsident a. D. Frölich, Reichsminister a. D. Sölkemann, die Reichstagsabgeordneten Künzler und Dr. Moser, Staatspräsident Dr. Graßmann, Direktor Heinrich Köhler u. a.
Republikaner! Sorgt für Massenabfindungen gegen die Ansprüche der Fürsten an die Republik!!!

Die leere Wohnung.

Im Hause Schiller, 3 am Büchsenplatz, im Gartenhaus, steht eine Bierzimmerwohnung seit April vorigen Jahres leer. Der frühere Inhaber, ein Rechtsanwalt, ließ sich ohne Baukostenschuß ein Haus bauen. Dadurch erwidert er das Recht, seine ehemalige Wohnung zu verkaufen. Jedenfalls scheint das Wohnungsmarkt über die Wohnung nicht verfügen zu können. Seit einem Jahre wartet diese Bierzimmerwohnung auf einen Mieter. Auf einen, der zahlt natürlich. Der Herr Rechtsanwalt scheint einen gepfefferten Preis zu verlangen. Seelenruhig bezahlt er monatlich seine Miete für die leere Wohnung. Er hat Zeit zu warten. Die Wohnungsnot ist noch lange nicht behoben, eines guten Tages wird schon ein Geldmann kommen.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 27. Januar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.30 Uhr nachm.: Jugendbühne (Unterhaltungsgesunde). Die Funkprinzessin erzählt: Otto und Elise Simon. 1. Das Märchen vom Vergilmeintochter. 2. Der Henschreck. 3. Das Märchen vom Regenbogen. Die Funkprinzessin: Elise Simon. 4.30—5 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Pankkappelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kauffmann. 6.33—7.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurs). 6.33 Uhr abends: Abt. Heilkunde. Prof. Dr. Seligmann: Das Wesen der ansteckenden Krankheiten. 7 Uhr abends: Abteilung Technik. Technische Wochenplauderei (Ingenieur Joachim Boehmer). 7.30 Uhr abends: Dr. Gerhard Schaeber: Die Balkanländer. 8 Uhr abends: Abteilung Oratorium. Leitung: Cornelis Brongeest. Spielzeit 1925/26. 24. Veranstaltung. Zum 25. Todestage von G. Verdi. „Requiem“ von G. Verdi. Sopran: Vera Schwarz; Mezzosopran: Emmy Vilmar-Hansen; Tenor: Eugen Transky; Bass: Cornelis Brongeest; Chor: Oratorienverein. Leitung: Johannes Stohmann. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitsangsa, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Spatzenmusik.

Königswusterhausen, Mittwoch, den 27. Januar.

3—3.30 Uhr nachm.: Fräulein Maria Schmidt: Die Berücksichtigung der weiblichen Eigenart in den Mädchenschulen. 3.30—4 Uhr nachm.: Cesar Maria Aleseri und Fräulein G. van Eyseren: Spanisch für Anfänger. 4—4.30 Uhr nachm.: Professor Dr. F. Lampe: Allgemeine Wirtschaftsgeographie. 4.30—5 Uhr nachm.: Fräulein Anna v. Gierke: Die Frau als Wirtschaftlerin.

besten Briefstasche den nötigen Inhalt hat. „Juristisch“ wird der Herr Rechtsanwalt selbstverständlich „im Recht“ sein. Aber was sagen die vielen Hunderte, die seit Jahren auf eine Wohnung warten und in den jammervollsten Behausungen untergebracht sind. Und eine Frage, die interessiert: Wieviel solcher leerer Wohnungen gibt es in Berlin?

Eine neue Schulzahnklinik.

Die Aufgabe, durch Einrichtung von Schulzahnkliniken die Zahnpflege bei den Schulkindern zu fördern, ist im Laufe der Zeit als eine Gemeindeangelegenheit erkannt worden. Vor Jahrzehnten wurde bei solchen und ähnlichen Forderungen über „sozialdemokratischen Wahnsinn“ geschrien, heute aber sind diese Dinge eine Selbstverständlichkeit.

Der Bezirk Prenzlauer Berg, der bisher seine Kinder in einem Nachbarbezirk mitverjahren lassen mußte, hat nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten sich jetzt eine eigene Schulzahnklinik geschaffen. Das ist möglich geworden, weil die Berliner Landesversicherungsanstalt und die Berliner Krankenkassenverbände in der Erkenntnis des Wertes, den auch die Invaliden- und Krankerversicherung von einer rechtzeitigen Zahnpflege haben, sich an der Herabgabe von Mitteln beteiligten. Die neue Zahnklinik, die im Schulhause Dunderstraße 64 untergebracht ist, konnte Anfang dieses Jahres in Benutzung genommen werden, und am gestrigen Dienstag wurde sie von Mitgliedern des Bezirksamtes, der Bezirksversammlung und des Hauptgesundheitsamtes besichtigt. Stadtrat Dr. Hüner berichtete über die Einrichtung der Klinik, die 23 100 M. Gesamtkosten erforderte. Er hob hervor, daß Stadtarzt Dr. Korach zusammen mit der Baudeputation die Klinik in mühseliger Weise eingerichtet hat, und er gedachte auch der Bemühungen des Stadtrats Genossen Weber um das Zustandekommen dieses Werkes. Stadtarzt Genosse Dr. Korach sprach dann über die Aufgaben der neuen Klinik. Für sie kommen aus dem Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg 33 000 Schulkinder in Betracht. Sie ist mit den besten technischen Hilfsmitteln ausgestattet, und ihre gesundheitspflegerische Arbeit an den Kindern wird ein wichtiges Stück Jugendpflege sein. Dr. Schweers vom Hauptgesundheitsamt überbrachte die Glückwünsche des Stadtdirektors Dr. von Draigst und erinnerte daran, daß die Wehrung der Schulzahnkliniken ein langgehegter Wunsch des früheren Stadtdirektors Dr. Rabnow war.

Ein Rundgang durch die Klinik unter Führung des leitenden Arztes Dr. Uhler gab einen Einblick in das, was hier geschaffen worden ist. Die neue Klinik hat zwei Barziumer, zwei Behandlungszimmer und die nötigen Nebenräume. Die Barziumer machen mit ihrem farbigen Anstrich, mit ihren Wandbildern und ihren Topfbüsten einen anheimelnden Eindruck. Ausgelegte Bilderbücher und ein kleines Aquarium beschäftigen die Unbedulden und dienen den Kindern als Ablenkung. Die einer Zahnbehandlung bedürftigen Kinder werden in den Schulen durch die Schulärzte ausgesucht und meist von den Lehrern zur Zahnklinik geführt. Es wird darauf gerechnet, daß im Jahre 10 000 Kinder durch diese Klinik durchgehen.

„Das Auslandsdeutschtum und die Heimat.“

Am Sonntag vormittag fand im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses eine Kundgebung „Das Deutschtum und die deutsche Volksschule“ statt. Es waren Vertreterinnen aus dem ganzen Reich erschienen und ebenfalls aus den abgetrennten Gebieten: aus Remel, Danzig und dem Saargebiet. In ihrer Begrüßungsrede führte Fräulein Kulesca aus, daß die Tätigkeit des „Reins für das Deutschtum im Ausland“ sich hauptsächlich auf die höheren Schulen erstreckt. Die Kundgebung sollte dazu beitragen, daß der Gedanke des Auslandsdeutschtums auch in den Volksschulen Eingang finde. Darauf sprach der frühere Kultusminister Dr. Soelky über „Auslandsdeutschtum und die Heimat“. Ein Hauptmoment der politischen Erziehung sollte unbedingt in der Beschäftigung mit dem Auslandsdeutschtum liegen, daß deutsche Volksschulen im Gemeinheitsbewußtsein erziehen werden. Von entscheidendem Einfluß bleibt aber die Erziehung in der Schule. Mit der Schaffung von Lehrbüchern ist bereits begonnen worden. Vor allem müsse betont werden, daß jeder, der auch vom Deutschen Reich getrennt ist, Kulturdeutscher bleibt. Zwischen den abgetrennten Gebieten und dem Reich ist unbedingt ein lebendiger Zusammenhang herzustellen. Der Reichsdeutsche muß die Sorgen und Kämpfe der Auslandsdeutschen verstehen und umgekehrt. Beide müssen sich heimischen, die geschichtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen des Heimatlandes und der Wirtsdörfer zu erkennen. Die Hauptarbeit liegt hier in der Erziehung der Jugend. Am Schluß der Tagung wies Fräulein Haun darauf hin, daß auch in den Volksschulen bereits Anstöße zu dieser Arbeit vorhanden seien, daß in allen Lehrbüchern Anknüpfungsmöglichkeiten lägen. Nachmittags fand darauf eine Jugendkundgebung im Plenarsaal statt. Ein Bildervortrag zeigte den Kindern die deutschen Ansiedlungen in Südamerika und Aufnahmen aus den abgetrennten Gebieten. Es wurde den Kindern nahe gebracht, sich mit deutschen Altersgenossen im Ausland brieflich in Verbindung zu setzen und so daran mitzuwirken, daß eine engere Verbindung zwischen Deutschland und den Auslandsdeutschen geknüpft werde.

Offenhaltung der Polizeiamter am Sonntag. Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Die Polizeiamter und Abteilungen des Polizeipräsidiums sind vom 25. d. M. ab für dringende Verwaltungsgeschäfte Sonntags von 11 bis 1 Uhr, an Wochentagen bis 7 Uhr abends geöffnet.

Genosse Hugo Richter aus Kaulsdorf ist an den Folgen einer Operation plötzlich verstorben. Richter, von Beruf Steinmetz, fand schon frühzeitig den Weg zur Partei und ist ihr auch treu geblieben, als sich seine Lebensverhältnisse änderten. Durch seine eifrige Tätigkeit konnten wir in Kaulsdorf-Süd eine neue Abteilung einrichten, die im Verhältnis zur Einwohnerzahl zu unseren besten zählt. Ebenso hat er als Schöffe der früheren Gemeinde Kaulsdorf und später als Bezirksverordneter in Lichtenberg viel zur Entwicklung des Südtails von Kaulsdorf beigetragen. — Der Tag der Einäscherung wird noch bekanntgegeben.

Jirkus Busch. Vor einigen Jahren machten die Filme und Romane des Amerikaners Tarzan einiges Aufsehen. So sensationell die Sache war, sie ging zurück auf die ersten biologischen Probleme des Uebergangs vom Affen zum Menschen. Nun hat auch der Jirkus die Tarzanidee aufgegriffen und ein Planeschauspiel mit dem Titel „Die Gorillabaut“ daraus gemacht. Das ideale Moment tritt natürlich ganz zurück und es bleibt das Bemühen, eine Augenweide zu schaffen. Und das ist der Direktorin Paula Busch gar nicht über gelungen. So gut, daß man gern auf die eingetretten Schauspielersprechpartien verzichten und sie im Sinne der alten Pantomime durch stummes Spiel ersetzt sehen möchte. Lockende Letztende Affen, dargestellt durch die Luftakrobaten Kessell, die ein weißes Mädchen rauben, ist das Grundmotiv. Unerwartet entsteht in der Manege. Der Urmann mit seinen phantastischen Pflanzen und Tieren gibt auch die Reize für die Kostüme des Urmannballetts her, das in seiner Farbenpracht sich sehen lassen kann. Zum Schluß ein Wasserfall. Aus Ruppelhöhe ein Wasserfall. Eine wilde Jagd in und durch das Wasser. Alles Dinge, die nicht unbekannt, die aber gut und wirkungsvoll in das bunte Geschehen hineinkomponiert sind. Das Ganze posend und spannend bis zum Schluß, ein Stück besten Jirkus. Joseph Breitbar und Herr Hermann leisten Anerkennungswertes, können aber noch nicht so tragisch hingelebten Reiter ersehen. Clown Busch mit seiner drauligen und gefehrigen Tierfamilie und die Musikclowns Price, Guigui und Georgi erwecken berechtigtes Interesse und Herr Burkhart Footit reitet mit altpreussischer Grandezza zu samt gebändigten altpreussischen Mädchen ostpreussische, prächtige Pferde.

Grans legt Revision ein. Die 27. aus Hannover meldet, hat der zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilte Gäubler Grans Revision gegen das Urteil eingelegt.

Der Himmelstischler.

Von Adolph Hoffmann.

Wegen eventueller Ueberfälle mit Drehschlegeln waren wir auf solcher Tour mindestens sechs bis acht Mann. Wir gingen nun mit dem uns begleitenden Gendarm langsam die Dorfstraße entlang. Ich zog das Besammlungs- und Wahlrecht aus der Tasche und machte den Gendarm auf die einschlägigen Paragraphen, gegen die sein Vorgehen verstieß, aufmerksam. Inzwischen hatte der Himmelstischler zwei bis drei Genossen „verlorengehen lassen“, die hinter uns her das Dorf in aller Seelenruhe mit Flugblättern und Stimmzetteln belegten.

In den meisten Fällen hatten wir das Glück, daß der Gendarm sich so lange in Gespräche verwickeln ließ, bis unsere Leute wieder da waren, und wir gemeinsam an der Grenze seines Reviers von unserem Begleiter in aller Freundlichkeit schieden.

Julius hatte, wenn auch selten Gölle, so doch oft Wertstätten, Scheunen, Stuben und Klure in den kleinsten Dörfern zur Besammlung geschafft, ist oft selbst ohne Handzettel von Haus zu Haus gegangen und hat eingeladen, und wenn nichts anderes Erfolg versprach, so erzählte er den Leuten: „Da will von Roter sprechen. Ich werde ihn aber abschütteln, daß Sie Ihre Freude daran haben. Kommen Sie nur, und hören Sie ganz ruhig zu. Wenn der mit seiner Hehrede fertig ist, werde ich ihn mir vorknöpfen.“

Mit solchen Einladungen selbst in den kleinsten Dörfern brachte er bei seiner Beharrlichkeit und Bangsamkeit natürlich einen ganzen Tag zu und er machte sich daher schon oft bei Vorabendgängen auf den Weg.

War ich abends mit meinem Vortrag zu Ende und es wollte kein anderer reden, dann nahm er das Wort und erklärte: „Ich hatte mir vorgenommen, dem Vorredner gründlich den Kopf zu waschen. Das sage ich ganz ehrlich, denn ich habe alles mögliche über die

Schredensziele der Sozialdemokratie

gehört. Wie aber der Redner heute die Bestrebungen erläutert hat, bin ich vollständig einverstanden, und da sich auch niemand anders dagegen gemeldet hat, darf ich wohl von den übrigen Zuhörern dasselbe annehmen. Ich glaube wir werden alle daraus unsere Ruthe ziehen, und das bei der Wahl berücksichtigen.“

In einer großen Merseburger Wahlversammlung — Wahlen waren unterm Sozialistengesetz die einzige Gelegenheit, wo wir öffentliche Versammlungen abhalten konnten, — referierte ich und der „Himmelstischler“ hatte die Leitung. Dadurch, daß ein wild-gewordener Antisemit und ein ganz orthodoxer Pfaffe als Redner gegen mich in der rüpelhaftesten Weise auftraten, wurde zeitweise die Versammlung sehr stürmisch und drohte, der Auflösung zu verfallen.

Der „Himmelstischler“ mit seiner Ruhe und der Autorität, die er in Merseburg besaß, wußte die Wellen immer wieder zu glätten. Nachdem ich beide Reden, wie Julius am Schluß der Versammlung feststellte, mit „Humor und Satire erdröselt“ hatte, fragte er, die Versammlung überschauend: „Ist noch jemand da, der sich nach gleichem Schicksal sehnt?“ Und als sich niemand meldete, klopfte er mir vor versammeltem Volke stolz auf die Schulter und sagte:

„Ja, den Tenor habe ich entdeckt.“

Als wir noch der Versammlung nach im Vorderhof saßen, machte sich an uns ein Herr heran, der wie ein Rittergutsinspektor aussah, und mich fragte, ob ich nicht einmal in Bauchstädt sprechen würde. Auf meine Antwort: „Sehr gern, aber dort erhalten wir keinen Saal!“ entgegnete der Herr: „Das wäre gelocht.“ Worauf ich auf den „Himmelstischler“ wies und sagte: „Na, dann fragen Sie mal meinen Freund. Der ist erst vor kurzem in Bauchstädt erfolgreich wegen eines Saales gewesen.“

„Na, wenn ich Ihnen sage, Sie bekommen einen Saal, dann stimmt es auch.“

„Jetzt sagie Julius über den Tisch weg gedehnt. — o — o! Na, und welchen denn?“

„Den Kronprinz!“ war die Antwort.

Julius sah den Sprecher scharf ins Auge und sagte noch langsamer als sonst: „Sagen Sie mal, sind Sie nicht der Wirt vom Kronprinz?“

„Sowohl, der bin ich,“ gab der Gefragte zurück.

„So,“ sagte der „Himmelstischler“, „am Dienstag voriger Woche haben Sie selbst mir den Saal verweigert, weil Sie keinen roten in Ihrem Lokal haben wollten.“

„Richtig,“ antwortete der Wirt und nahm an unserem Tische Platz, „am Dienstag wollte ich auch noch keinen.“

„hm!“ machte ich misstrauisch, „und woher diese schnelle Sinnesänderung?“

„Das will ich Ihnen sagen. Ich bin selbst natürlich kein Sozialdemokrat und hätte Ihnen den Saal wahrscheinlich nie gegeben. Aber am Sonnabend habe ich durch die Schuld unseres Biermeisters einen Prozeß verloren, was mich schwer ärgert. Und jetzt will ich ihm auch einen Streich spielen. Wir haben augenblicklich in unserem Badest. Hochsaison. Wenn ich da mit einer Versammlung der roten zwischenplage, dann plagt er auch.“

„Na,“ mischte sich der „Himmelstischler“ wieder ein. „Ueber Motive wird nicht abgestimmt. Sie geben uns also Ihren Saal?“

„Ja, mein Wort,“ unterbrach der Kronprinz, „aber Herr Hoffmann muß selbst kommen.“

„Abgemacht, Hoffmann spricht nächste Woche in Bauchstädt,“ erklärte der „Himmelstischler“ ohne weiteres.

Und so kam es.

Bauchstädt hatte damals noch keine Eisenbahn. Ein kleiner vorstumpfsüchtiger Omnibus fuhr von Merseburg nach dort. Am Tage der Versammlung war er vollbesetzt, so daß ich nur noch stehenden Fußes hinein kam.

Julius fand keinen Platz, da selbst beim Ausschlag alles überfüllt war. Nach langer Verhandlung mit diesem und einem anständigen Trinkgeld durfte er auf dem Dach des Omnibusses zwischen dem Gepäc. sich verstauben. Kreuzvergnügt ging es im „Schwedeltrab“ nach Bauchstädt.

Bauchstädt war ein kleines Ackerbürgerstädtchen mit Sommerbadegästen, die nicht viel Anwendung machten konnten, weshalb es auch seit langen Zeiten

das Sechsdreier-Reutlee-Boob

genannt wurde.

Er hatte die Nächte vorher unter dem Schutz des ihm vertrauten Nachtwächters die Einladungszeitel zur Versammlung verbrennt.

Als ich am Marktplatz aus dem Omnibus sprang, um unserem „Himmelstischler“ aus seinen lustigen Höhen herunter zu helfen, stand zu unserem größten Erstaunen der Schneider am Wagen. Er, der sonst alles vermied, was den Anschein haben konnte, er hätte mit der Sozialdemokratie etwas zu tun.

Mit erschrockenem Gesicht zog er uns beiseite und beschwor uns, mit dem Omnibus, der gleich wieder die Rückfahrt antrat, nach Merseburg zurückzufahren.

„Man sagte, man sagte.“

„Ist die Versammlung verboten?“ fragte ich.

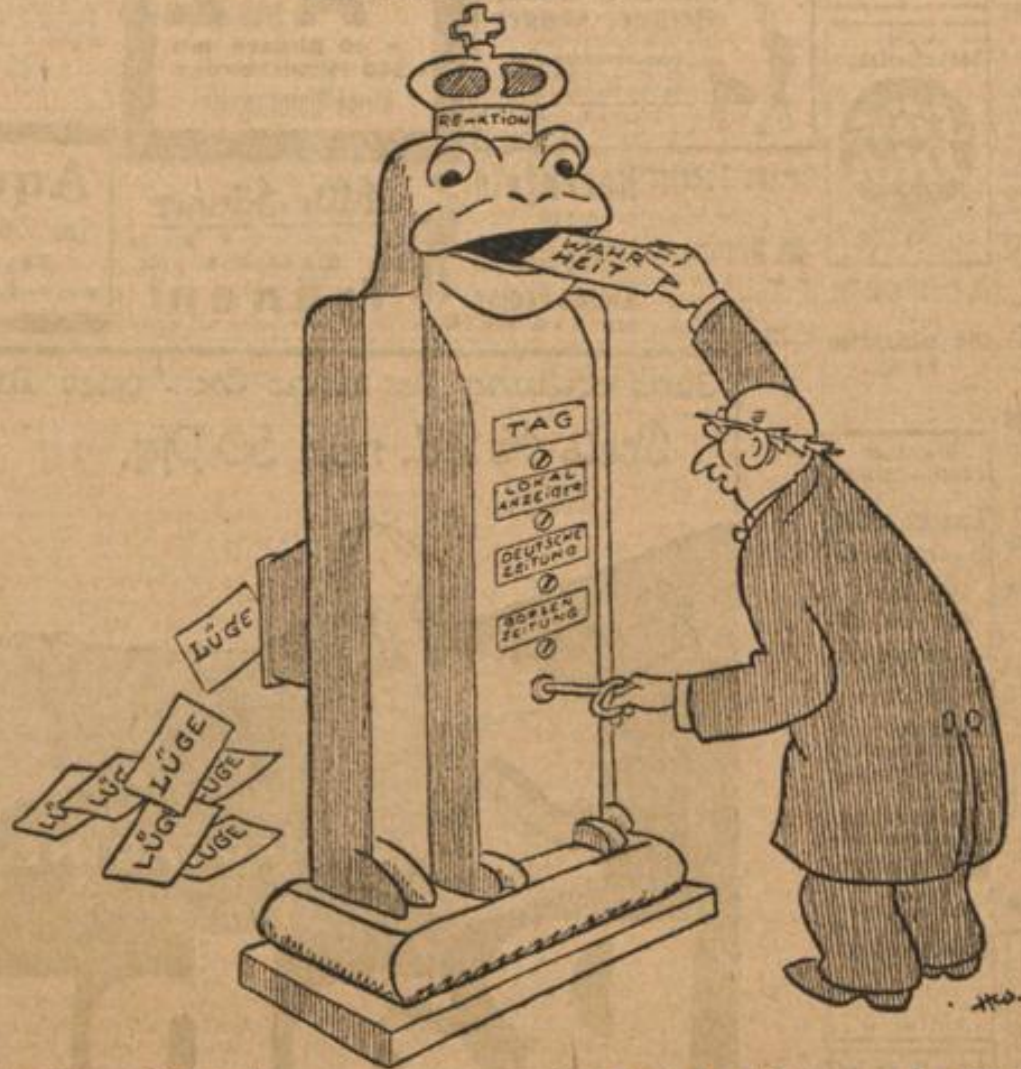
„Das nicht,“ erklärte, nach allen Seiten sich schau umsehend, der Schneider.

„Also leer, es ist keiner gekommen?“ forschte Julius.

(Fortsetzung folgt.)

Lügenmolk-Automat.

Patent Eugenberg & Co.



Das deutsche „Lügenmolk-Patent“ zerlegt zu hundert und auch mehr Prozent Jedwede Wahrheit, sei sie noch so fest. Die man dem Apparat ins Maul geschoben: Am Hinterteil erscheint sie frisch gepreßt. Durchsichtig und als Lüge (siehe oben!). Der „Lügenmolk“ klappt immer tadellos: Die Wahrheit in der Kluge-Knoll-Kaffee kam völlig umgepreßt und halb so groß

Zur Freude des Erfinders aus der Röhre. Und auch die „Postenjäger in Genf“ kam hinten raus als Riesenschwindelmasse, Durchstrukt mit Scherlichem nationalem Senf. Dann kam ein Lügenflugblatt 1. Klasse. Auch Dittmanns Wahrheit, gar nicht klein zu kriegen, kam hinten raus als ein Paket von Lügen. — Der Konstrukteur ist wirklich ein Genie. Welch Fortschritt in der Lügenindustrie!

Giuseppe Verdi.

Zum heutigen 25. Todestag.

Nach von 12 Jahren war das Problem Verdi ein von den Verteidigern des Musikdramas häufig umstrittenes. Der Schloßtrup lautete: Nie Wagner — die Verdi. Dieser Ruf hat seinen Klang verloren, einmal dadurch, daß sich eine Patina über das grandiose Werk Wagners, den Ring, gelegt hat, zum anderen Mal dadurch, daß sich trotz des philologischen Gezinks Verdi immer mehr das Theater und die Menschen der Welt gewonnen hat. Heute, zu seinem 25. Todestag, ist er als einer der größten Theatermänner aller Zeiten zu preisen, als Künstler zudem, der mit einer unerhörten Arbeitskraft beharrt etappenweis das große Ziel erreichte, gleichberechtigt sein Werk neben das des Bagreuthers stellen zu können. Man braucht nur die Namen Verdis zu kennen und nur seinen Nachfolger zu nennen, um zu sehen, wie unendlich er auch bei historischer Wertung als nationaler Komponist hervortritt. Diese Vorgänger, denen der junge Verdi die gelante Schulung im Schöngelange verdankt, sind Rossini und Bellini; seine Nachfolger, die ihn jahrelang an Ruhm weit übertrafen, schienen vor 30 Jahren Leoncavallo und Mascagni zu werden. Aber das unächte Brillantfeuerwerk dieser glatten Geister verichwand schnell hinter dem Licht des plötzlich berühmt gewordenen Puccini. Dieser Gesellschaftsmensch und geistreiche Stilist des Dreißigers mußte zwar aus dem Bosse einer großen Begabung heraus, aber er singt überall, wo er große Rollen schreibt, am Drama vorbei. Auch Verdi war lange Zeit so durchweg Italiener, daß er auf Kosten des Dramas dem Belcanto opierte. Aber schon in der Periode seiner patriotischen und religiös empfundenen Musik ermahnt jener Zug der Theaterleidenschaft, der mit einer besonderen Dramatikerart die menschliche Durchdringung aller Rollen betreibt. Melodie und Effekt, das waren die Hauptplakoworte seiner ersten Periode, und auch in den Welttriumphen des „Rigoletto“, „Trubadour“, „Traviata“ entscheiden die Nummern und Arien, nicht die Verknüpfung von Idee, Wort und Musik. Was an persönlichem Ausdruck fehlt, ersetzt die Schönheit der Linie, und das Fehlen höherer musikalischer Gesichtspunkte wird reich vergessen unter dem Eindeut gefühlich schöner Einseitigkeiten. Menschliches ist noch knallig aufgeschoben, effektvoll erunden, herzlich und temperamentvoll und rauhhaft im Einfalt, musikalisch eindringlich durch alle Konventionen hindurch erhalten. Aber dieser Verdi bleibt mittelstark, bleibt auch nicht der Musikdramatiker des Jahrhunderts. Wagner entthront ihn. Don Carlos gibt eine Vorahnung davon, was Verdi werden sollte, wenn er die Tradition der koloratur-Italiener, den Ariensing und die Operbekehrte Effektivität hinter sich warf. Der „Maskenball“ steigert die Ehrlichkeit der neuen Empfindungswelt, und fast sechsjährig löst sich Verdi von allen Vorbildern aus Italien und Frankreich los. Die „Aida“ ist der Brennpunkt solcher Wandlung. Hier endlich ist das Viruale des Gelonges Redensache geworden. Pathos und Affekt und Leidenschaft der Menschen bestimmen die Musik, und auch die Regitation dienen nur noch dazu, dramatische Bewegung zu steigern oder zu hemmen. Die Sinnwidrigkeit eines elegant vichosen Singsens zu anders gearteten Texten, die Vorherrschaft des Tons über das Wort überhaupt hat aufgehört. Die großen Ideen Richard Wagners haben in Verdi eine Wandlung erfahren, die seinem eigenen Genie entsprachen, und der „Falstaff“ (1893) ist die letzte und auch reifste Frucht in Verdis Schaffen. Hier ist ein Eitel gefunden, der auf der einen Seite der eindringlichen Verknüpfung von Ton und Wort dient, alles Zurschaufstellen von Nummern vermeidet, der auf der anderen Seite mozarisch an Witz, Deuts, Reichigkeit und Humor ist. Die Instrumente beginnen zu leben, zu schäkern, zu sichern, die Komit der Arien bleibt so unverstegbar, wie die Rhythmen körper-

haft echt daherschreiten. Ein Karneval des Lebens und ein erlösender Spott, eine Beweglichkeit des Geistes, ein Maskenspiel, aus dem sich die Dichtung, aus dem lodenden Brio der Musik geboren. So endet Verdi, der als Nur-Italiener begonnen hatte, nach endloser Entwicklung seiner selbst als Weltgröße, als Riese der Opernkunst.

Der Roman Franz Werfels hat Verdi in strengste, beinahe stetigste Konkurrenz zu Wagner gestellt. Dem ist nicht ganz so. Ein jeder steht an seinem Plage. Aber die Verpottung und Begeisterung des italienischen Großmeisters hat aufgehört und muß für immer bei denen aufhören, die der Erhäuterung seiner Aida-Musik und dem weisen Lohen seiner Falstaff-Parititur anliegen.

Kurt Singer.

Mikhail Saltykow (Pseudonym Stschedrin), Russlands bedeutendster Satiriker, dessen 100. Geburtstag heute ist, entstammte einer adeligen Gutsbesitzerfamilie. Im Alexander-Byzium in Zarstolew erzogen, widmete er sich zuerst dem Staatsdienst, wurde jedoch nehmend auch eifrig als Schriftsteller tätig. Er selbst nannte sich einen Jourirellen, doch waren ihm auch die Ideen Saint-Simons nicht fremd. Der russische Bauer kurz vor der Aushebung der Leibeigenschaft und nach Durchführung der Reform bildete den Hauptgegenstand seines dichterischen Schaffens. Er selbst schreibt von sich folgendes: „Ich bin im Schoße der Leibeigenschaft aufgewachsen, wurde mit der Milch leibeigener Armmen aufgezogen, von leibeigenen Kinderwärterinnen erzogen und schließlich von einem leibeigenen Schreibkundigen im Lesen und Schreiben unterwiesen. Alle Schreden der ewigen Sklaverei habe ich unerschützt zu sehen bekommen. Menschen wurden verkauft und verschont, zu ganzen Dörfern und auch einzeln; man gab sie zu Freunden und Bekannten in Dienst; man schickte sie auf Grund von Verträgen partienweise in Fabriken, Hüttenwerke und als Schiffsdiebeper fort.“ Zwei von den Erzählungen Saltykows erreichten wegen ihrer revolutionären Bestimmung Anstöß bei dem „Anonimischen Komitee zur Ueberwindung der Ausschreitungen der Literatur“, das 1848 von der russischen Regierung aus Angst vor der Ausbreitung der westeuropäischen revolutionären Ideen eingesetzt worden war. Saltykow wurde seines Postens enthoben — er war damals zweiter Sekretär des Kriegsministers — und nach dem entsetzten Waisa verbannt. Dort mußte er seine Laufbahn von vorn beginnen, doch dank seiner außerordentlichen Begabung rückte er in den sieben Jahren seines Exils schnell wieder auf und brachte es bald nach Ablauf der Verbannung bis zum Bizegouverneur von Kasan und später von Iwer. 1882 nahm er schließlich seinen Abschied und widmete sich ausschließlich der literarischen Tätigkeit. Er starb am 12. Mai 1899.

Die verhängnisvolle Streichholzschachtel. Im letzten Jahrzehnt ist den Verätzen ein Krankheitsbild gefällig geworden, das auch für die breitere Öffentlichkeit von Interesse sein dürfte. Die Kranken, fast ausschließlich Männer, kommen mit Klagen über einen Ausschlag am Oberkörper und vielfach gleichzeitig auch im Gesicht in die Sprechstunde. Der Arzt findet dann ein akut entzündliches Ekzem an der Vorder- und Rückseite des Oberkörpers, dort wo die Holentische aufliegt; außerdem eine Schwellung des Gesichtes und eine Entzündung der Augenlider und Bindehäute. Nicht selten hat das Ekzem fast den ganzen Körper ergriffen. Die Ursache dieser seltsamen Erkrankung ist in der Reibfläche der in der Holentische getragenen Streichholzschachtel zu suchen, und zwar entwickeln sich aus den in der Reibflächenanstrichmasse enthaltenen Phosphorverbindungen beim Warmwerden am Körper kühnige Stoffe, die durch die Kleider hindurchdringen und schwere Hautreizungen auszulösen vermögen. Wie weit es sich hier um ganz bestimmte Fabrikate handelt und ob eine besondere Empfindlichkeit der Haut vorliegen muß, damit es zu dieser „Streichholzschachtelhautentzündung“ kommt, ist noch nicht restlos entschieden.

Kaufkraftsteigerung und Preissenkung

Der Weg aus der Krise. — Die Fahrradindustrie ein Beispiel.

Man muß manchen deutschen Unternehmern zugestehen, daß sie allmählich aus ihren in den letzten zwei Jahren begangenen schweren wirtschafts- und sozialpolitischen Fehlern lernen. Das Programm von Hugo Stinnes, niedrigste Löhne, Neinstundentag und zwei Stunden extra und gratis ist heute kein Evangelium mehr für alle. Seit dem Fiasko der Schutzpolitik hat die Not manchen zur Einsicht gebracht. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat wenigstens in der Begründung seiner Denkschrift (im positiven Programm ist alles wieder sorgfältig erwünscht) der Bedeutung höherer Löhne für das Absatzproblem und die Frage der Kapitalbildung Zugeständnisse gemacht, über die den „Herren im Hause“ der Vorkriegszeit die Haare zu Berge gestanden wären. Sind die Unternehmer unter sich, können sie noch deutlicher sein. Das Zugeständnis des Dr. Lange vom Verband deutscher Maschinenbauanstalten, durch systematische Rationalisierung den Betriebskostenanteil, nicht aber die Löhne herabzubringen, ist für den maßgebenden Verband der Maschinenindustrie schließlich allerlei. Aber man muß wissen, daß eine Schmalbe keinen Sommer macht und daß die Unternehmer auch anders können, besonders wenn ihnen nicht, wie vielfach heute, das Wasser am Hals steht, wo sie mit der Peitsche schneller bei der Hand sind als mit dem Zuckerbrot, wie heute. Ueber dieses Zuckerbrot philosophiert der Arbeiter denn auch anders als der Unternehmer, wozu er nach den letzten Erfahrungen bei Wiedereinstellungen nach Stilllegungen allen Anlaß hat.

Niedrige Betriebskosten — hohe Löhne — kleiner Ruhen — niedrige Preise — großer Absatz: um diese Hauptforderung der Arbeiterschaft zur Wirtschaftsgewinnung durch Absatzsteigerung im Inland und Ausland muß daher nach wie vor scharf gerungen werden.

Ein Rekordjahr der Fahrradindustrie. — Die Ursachen.

Daß die systematische Kaufkraftsteigerung der Massen auch für Deutschland den Weg aus der Krise und zum Aufstieg der Wirtschaft bedeutet, ist nun etwas, was die Unternehmer für ein reiches Land wie Amerika, nicht aber für das „arme Deutschland“ wahrhaben wollen. Es trifft sich gut, daß nun die Industrie des Fahrrades, des Autos des armen Mannes, die für den Zusammenhang zwischen der Kaufkraft der Massen und der Prosperität der Industrie als geradezu klassisches Beispiel anerkannt werden muß, der Nachweis dieses Zusammenhanges lückenlos geführt werden kann. Hier liegt ein Fall vor, in dem die Unternehmer selbst, und zwar mit glänzendem finanziellen Erfolg, und obendrein in dem „armen Deutschland“, ihre eigene Behauptung widerlegt haben.

Das Jahr 1924/25 war für die Fahrradindustrie ein Rekordjahr. Die Fahrradproduktion Deutschlands war doppelt so hoch (2 Millionen Stück), als in der Vorkriegszeit. Es hat sich gemäß manchen gegen damals verhalten, was nicht unmittelbar mit der Fahrradproduktion etwas zu tun hat und doch den Bedarf steigerte: die Radsportheizung, wie sie die großen Rennen zeigen, Sehnsucht ins Freie, die sich mit den Vorstadtbereichen nicht mehr begnügt, die fernliegenden Schrebergärten und Kleinfeldungen, die Jugend, die nicht nur wandert, sondern auch fährt, und schließlich der aufgespeicherte Bedarf aus der Inflationszeit, wo die Glendolone selbst das Fahrrad für den armen Mann zum unerwünschten Luxus werden ließen. Es bestanden also manche Gründe für die Steigerung des Bedarfs. Aber hätte dieser Bedarf jemals Nachfrage werden können, wenn die Massen nicht hätten kaufen, und zwar wohlfeil kaufen können?

Steigende Löhne. — Niedrige Preise. — Großer Absatz.

Ein Fahrrad zu kaufen, ist für einen Arbeiter kein leichter Geschäft. Vielfach muß er es anschaffen, weil der heute viel häufigere Betriebswechsel Wohnung und Arbeitsstätte weit auseinanderreißt. Außerdem kauft gerade der Arbeiter zwar nicht die schönsten, aber die stabilsten Räder, die auch die teuersten sind. Er braucht sie jeden Tag, und weil sie Jahre halten müssen, sieht er auf Qualität, auch wenn das Rad einen ganzen Wochenlohn mehr kostet. So muß er sparen können, um es anzuschaffen, und wenn er es auf einmal bezahlen kann, ist es billiger. Die Voraussetzungen waren 1924/25 erfüllt. Wir hatten steigende Löhne, und da das Fahrrad zum notwendigen Lebensbedarf gehört, wurde es gekauft. Zwei Millionen Fahrräder wurden 1924/25 produziert und abgesetzt, das Doppelte von 1913/14.

Auch der Auslandsabsatz steigt!

In bemerkenswerter Weise hat sich diese Verbrauchssteigerung im Inland auf den Export ausgewirkt. Die Ausfuhr deutscher Fahrräder war nämlich in den Jahren 1924/25 der Stückzahl nach um 30 bis 40 Proz. größer als vor dem Kriege. Noch günstiger gestaltete sich der Erlös aus der Ausfuhr von Fahrrädern: 1912/13 betrug er rund 7 Millionen, in den elf Monaten Januar—November 1925 dagegen rund 11 Millionen Mark. Hier ist also eine Steigerung des Erlöses aus dem Export um mehr als 50 Proz. festzustellen — nach denselben amtlichen Statistiken, die uns sagt, daß der Gesamtmarkt der deutschen Ausfuhr noch immer um fast ein Fünftel hinter dem Ausfuhrwert 1913 zurückbleibt. Etwas Nehmliches dürfte bei wenig anderen Industriezweigen zu verzeichnen sein. Diese Tatsachen sind jedoch ein Beweis dafür, daß nur die Stärkung des Inlandsmarktes eine Steigerung der Warenausfuhr bewirken kann.

Die Gründe der Absatzsteigerung.

Aber es lohnt sich für den Käufer auch. Die Fahrradindustrie ist nämlich eine der wenigen, die mit ihren Preisen kaum höher als im Frieden liegt, was ganz zweifellos eine Folge der rationaleren Produktion, auch der sehr verbreiteten Bandfabrikation und der vielfach durchgeführten Normalisierung der Einzelteile und des Zubehör ist. Geht man in ein großes Berliner Fahrradgeschäft, so kostet das billigste Rad nur 50 M., das teuerste

mur 120, 130 M. Das sind etwa Friedenspreise. Alles andere ist enorm verteuert, für das gleiche Geld kauft man die Hälfte wie früher, aber Fahrräder sind billig. Natürlich werden sie lieber gekauft, auch lieber neu gekauft und schneller verbraucht, als Waren, die Bucherpreise haben.

Die Produktions- und Absatzsteigerung der Fahrradindustrie hat ganz deutlich ihre Ursachen. Die Entwicklung der Fahrradindustrie 1924/25 ist eine glänzende Rechtfertigung für den Direktor der Brennabormerke, Dr. Reichstein, über den sich auf der Tagung der Maschinenbauanstalten seine Kollegen aus der Maschinenindustrie lustig machten, weil er hohe Löhne zur Kaufkraftsteigerung, gute Betriebsbedingungen zur Kostenlenkung und niedrige Preise zur Absatzsteigerung propagierte.

Wie sich das bezahlt machte!

Wie sich das für die Industrie bezahlt machte, das zeigen die Bilanzen der Fahrradindustrie. Vor uns liegen vier solcher Bilanzen von mittleren und durchweg alten Werken, die als typischer Durchschnitt angesehen werden dürfen: die Phänomenwerke G. Hiller & Co. in Jitzau, Nürnberger Herkuleswerke H. G. Nürnberg, die Corona-Fahrradwerke und Metallindustrie H. G. Brandenburg a. d. H., und die Marswerke H. G. Nürnberg-Daas, alles Werke, die über ein Vierteljahrhundert in Betrieb sind. Alle haben ein höheres Aktienkapital als in Friedenszeiten; mühten sich nach der bisherigen Erfahrung mit der Dividende also ihre Not haben, aber sie haben 10, 8, 5 und 10 Proz. Dividende verteilt. Aber mit der Dividende sind die Gewinne noch lange nicht erschöpft. Sie haben sich alle anstrengen müssen, ihre Gewinne nicht allzu auffällig in die Erscheinung treten zu lassen: 10 bis 20 Proz. Abschreibungen auf Maschinen, 60 bis 100 Proz. Abschreibungen auf Einrichtungen und Werkzeuge. Zwei haben Verlustreserven für Aufwände abgestellt, die Vorräte sind niedrig bemessen. Die Marswerke haben schon nach der Bilanz das halbe Aktienkapital verbient (515 359 M. auf 1 183 000 M.). An Lantien und Gratifikationen werden sie 80 000 M., für einen Angestellten-Unterstützungsfonds 50 000 M., für die Verlustreserve weitere 50 000 M. aus und 190 000 M. werden vorgetragen. Dazu 10 Proz. Dividende. Bankschulden haben die vier Werke offenbar überhaupt nicht. Dagegen beträchtliche Bankguthaben, und die Aufwände und Vorkaufhaben übersteigen die Verpflichtungen ganz beträchtlich. Von anderen Werken, die zugleich Autoproduktion betreiben, wissen wir, daß der Fahrradabsatz geradezu eine Geldquelle zur Finanzierung der Autoproduktion war, daß die Fahrradproduktion den ganzen übrigen Betrieb erhielt und die Umstellung auf Massenfabrikation erleichterte.

Wie sich der Lohndruck und die Arbeitslosigkeit auswirken.

Die vier Bilanzen lauteten nun auf den 30. September vorigen Jahres. Heute steht auch die Fahrradindustrie in der Krise und dieselben Ursachen, die zum Rekordjahr führten, sind heute, weil sie fehlen, der Anlaß zu Verlusten, Stilllegungen usw. Die Saison im Fahrradgeschäft geht bis Anfang, Mitte, Ende September, je nach dem Wetter. Aber schon Mitte August war beispielsweise in Berlin der Fahrradverkauf wie abgeklüftet, so alarmierend wirkten bei den Käufen die ersten Zusammenbrüche in der Industrie, die drohende Zollsteuerung für den Lebensbedarf und die beginnende Abdrosselung jeder weiteren Lohnerhöhung. Seit die Arbeitslosigkeit anwuchs, ist das Geschäft wie tot. Und obwohl die Preise eher niedriger als höher geworden sind, was doch den Absatz heben müßte (trotz des Endes der Saison), es wird nichts mehr verkauft. Dafür aber hat sich das Blatt vollständig gemeldet zwischen Fahrradhändler und Fahrradindustrie. Bis dahin sah die Industrie auf dem hohen Roh, Aufträge anzunehmen war fast eine Gnade. Die Kartelle und ihre Konditionen herrschten rückwärts. Jetzt stürmen die Industrievertreter den Händlern die Türen, zur Hälfte, zum dritten Teil des Preises wird angeboten. Preise, die den Fabrikanten absolut Verluste bringen, sind ganz allgemein. Die Konditionen der Kartelle aber spielen überhaupt keine Rolle mehr; das ist das erste, was versichert wird, nur um ins Geschäft zu kommen. Die Hoffnungen aber für das kommende Jahr sind mehr als trübe, und die Fahrradindustrie hat allen Grund dazu, solange die Arbeitslosigkeit anhält.

Ob die Unternehmer daraus lernen werden?

Ob es hier wohl einen Zweifel geben kann, welches die Ursachen dieses Konjunkturverfalls der Fahrradindustrie sind? Die Zusammenhänge sind viel zu sehr mit Händen zu greifen, als daß noch ein Zweifel möglich sein könnte.

Aber wir haben kaum eine Hoffnung, daß die deutschen Unternehmer aus diesem Beispiel, das in klassischer Deutlichkeit den wahren Weg aus der heutigen Wirtschaftskrise für die meisten Industriezweige zeigt, etwas lernen werden. Sie werden auch in der volkswirtschaftlichen Enquete, die der Reichstag soeben zur Erforschung der Wirtschaftslage und der Mittel zur Krisenlösung durchführt, zwar gelegentlich ein paar vernünftige Worte, nicht aber den Weg zu vernünftigen Taten finden.

Bleibend ist aber doch nicht alle Hoffnung unsonst. Darum wollen wir noch ein Beispiel für die absolut zerstörende Wirkung des Rückgangs der Beschäftigung gerade in den größten Werken mit Serien- und Bandfabrikation geben, das aus der Praxis der letzten Krisenmochen stammt. In einem der größten Fahrrad- und Autowerke wurden erzeugt

im Juli 1925 mit 1300 Mann . . . 1280 Fahrräder pro Tag
im Dezember 1925 mit 510 Mann . . . 300 Fahrräder pro Tag.

Pro Mann und Tag im Juli also ein Fahrrad, im Dezember aber nur knapp $\frac{1}{2}$ Fahrrad. Bei gleichem Lohn- und höheren Allgemeinstoffen war die Produktivität der Betriebsleistung gefallen um volle 40 Proz. Geringer Absatz bedeutet also erhöhte Lohnaufwand ohne produktiven Erfolg. Gilt diese Tatsache nicht für die gesamte deutsche Industrie?

Glänzende Geschäftslage bei der AEG.

Erhöhter Umsatz — Großer Auftragsbestand.

In Gegensatz zu der außerordentlichen Verschärfung der Wirtschaftskrise in den letzten Monaten kann die AEG. über einen geradezu glänzenden Geschäftsverlauf im letzten Jahre und über gute Aussichten ihrer Betriebe berichten. Das ist um so beachtlicher, als hier eine der größten Unternehmungen der metallverarbeitenden und elektrotechnischen Industrie ganz im Gegensatz zur übrigen Konjunkturverfall durchaus erfolgreich gewirtschaftet hat. Die AEG. verbreitet über ihre getriggerte Aufsichtsratsitzung folgende Pressemitteilungen:

In der Abschließung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft am 26. Januar wurde berichtet, daß die abgerechneten Umsätze um 50 Proz. gestiegen seien und 30 Proz. mehr Aufträge als zur gleichen Zeit des Vorjahres vorliegen. Nach laufenden Abschreibungen in Höhe von 3 058 863 M. (im Vorjahre 2 426 743 M.) und einer Tilgungsquote von 857 506 M. auf Disagio der Amerikanleihe verbleibt für das mit dem 30. September 1925 endende Geschäftsjahr ein Reingewinn von 8 363 047 M. (im Vorjahre 7 223 287 M.) und gestaffelt die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. auf die Stammaktien (im Vorjahre 5 Proz.). Der Erlös aus den amerikanischen Anleihen, von denen die zweite erst in der Bilanz des laufenden Geschäftsjahres zur Berechnung kommt, ist an die Stelle kurzfristiger Verpflichtungen getreten. Die Generalversammlung wird auf den 28. Februar 1926 einberufen.

Auf die Einzelheiten des Abschlusses wird zurückzukommen sein, wenn Geschäftsbericht und Bilanz vorliegen.

Inlandsanleihe des Sparkassen- und Giroverbandes. Es wirkt wie eine Ueberraschung, auch einmal von einer Anleihe zu hören, die im Inland gemacht wird. In der Tat erfolgt eine solche durch den Sparkassen- und Giroverband, der mit Genehmigung der Beratungskommission beim Reichsfinanzministerium eine 8prozentige 20-Millionen-Anleihe bei den deutschen Sparkassen umlegen wird. Die Anleihe kommt also nicht in die Öffentlichkeit, sondern wird von den Sparkassen selbst erworben, und zwar zum Kurs von 88 Proz. 7 Millionen Mark sind schon abgesetzt. Der Erlös fließt über die Sparkassenzentralbank, die Deutsche Girozentrale, deutschen Gemeinden in der Form langfristiger Kredite zu, die mit 2 Proz. pro Jahr zu tilgen sind. Die Hälfte der Anleihe ist bereits untergebracht. Es ist als gutes Zeichen zu betrachten, daß die Sparkassen einen Teil ihrer Einlagen nunmehr sicherer anlegen können, als es vielfach bisher möglich war, und daß den Gemeinden dadurch Mittel zuzuführen, die ihnen vielfach durch die Abzehrungspolitik der Reichsbank gegenüber dem Ausland auch für produktive Zwecke verweigert blieben. Aber die Sache erfordert doch ein sehr ernstes Wort. Es ist das Recht der Sparkassen, Zinsen zu verlangen, die für sie keine Verluste bringen. Ein Kurs von 88 Proz. bedeutet eine Verzinsung für die Sparkassen von rund 9 Proz. Das ist nicht zu viel. Wenn der Sparkassen- und Giroverband das Geld noch so billig an die Gemeinden weitergibt, wird er es kaum unter 10 Proz. können. Auslandskredite sind nach der bisherigen Erfahrung für die Gemeinden ganz wesentlich billiger. Die Sperre für Auslandskredite, die die Reichsbank über die Gemeinden verhängt hat, bringt den Gemeinden also ganz beträchtlich höhere Zinskosten, als beim freien Zutritt zum ausländischen Kapitalmarkt zu zahlen wären. Den Unterschied hat natürlich der Steuerzahler, und der Käufer von Gemeindeforderungen zu zahlen. Die Restierung der Auslandskredite für die Industrie bedeutet also eine einseitige Belastung der Gemeinden und der Steuerzahler. Eine solche Auswirkung der Zensur der Auslandsanleihen durch die Reichsbank ist volkswirtschaftlich unerträglich. Sie ist um so unerträglich, als man auf lange Jahre mit hohen Zinssätzen im Inland, starkem Kapitalbedarf der Gemeinden und der steigenden Möglichkeit rechnen darf, daß die Sparkassen Einlagenüberschüsse anlegen wollen. Uebrigens ist es unerfindlich, warum die Genehmigung der Beratungskommission auch für eine Inlandsanleihe erforderlich war.

Stattes Anmachens der Geschäftsausschlüssen als Aktienfolge. Aus den Ziffern der Kontur- und Geschäftsausschlüssen ließ sich schon entnehmen, daß das Jahr 1925, besonders die letzten Krisenmonate, einen gemäßigten Ueberfluß der Geschäftsausschlüssen über die Gründungen ergeben wird. Das statistische Reichsamt veröffentlicht jetzt in „Wirtschaft und Statistik“ die Ziffern dazu. Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich der Ueberfluß der Gründungen über die Aufstellungen der Kriegs- und Inflationszeit zu einem mächtigen Ueberfluß der Aufstellungen über die Gründungen verwandelt. Während für alle Formen der privatkapitalistischen Unternehmungen selbst 1924 noch ein Ueberfluß der Gründungen von 951 bestand, brachte 1925 einen Ueberfluß der Aufstellungen von nicht weniger als 14 728. Davon im ersten Vierteljahr 1554, im zweiten 2096, im dritten 3509 und im vierten 7569. Der Aufstellungsprozess erfolgte also in immer stärkerem Ausmaß. Das vierte, das eigentliche Krisenquartal, deckt allein mehr als die Hälfte des Aufstellungsüberschusses von 1925. Bei den einzelnen Unternehmensformen ergibt sich folgendes Bild: Die Zahl der Aktiengesellschaften hatte sich von 1914 bis 1923 um 10 000 vermehrt. Sie ging 1924 um 546, 1925 aber um 1953 Gesellschaften zurück 1924 und 1925 ist also ein Viertel der Neugründungen wieder ausgeschieden. Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung waren um 45 000 gesunken. Sie verringerten sich 1924 um 588, 1925 um 6233 Gesellschaften. Ueber ein Sechstel der Neugründungen schied also aus. Zahlenmäßig am stärksten waren Neugründungen und Aufstellungen naturgemäß bei den Einzelfirmen auf die neben den offenen Handels- und den Kommanditgesellschaften der Rest entfiel. — Es ist sicher, daß der Aufstellungsprozess noch lange nicht zu Ende ist; denn die eigentliche Reinigungsphase hat in den letzten drei Monaten von 1925 erst eingeleitet.

Weitere Einschränkung der Hochofenbetriebe in Deutsch-Ober-Schlesien. Infolge der immer geringer werdenden Absatzmöglichkeit für Roheisen ist die Veraltung der dortigen Werke H. G. anzuwenden, die Hochöfen vorübergehend am 1. Februar stillzuliegen. Die in Frage kommenden Arbeiter des Hochofenbetriebes, etwa 150 Mann, sollen für die Dauer von acht Wochen Wertsurlaub erhalten. Die Erwerbslosenfürsorgestellen sind bereits entsprechend benachrichtigt.

Fritzi Massary
die überraschend
gehaltvolle
3
Zigarette ist
bisher unerreicht.

Volksentscheid gegen Fürstenforderungen.

Stellungnahme der Berliner Parteifunktionäre.

Die Großberliner Parteifunktionäre nahmen gestern abend in einer überfüllten Versammlung Stellung zur Fürstenabfindung und zum Volksentscheid.

An Stelle des zunächst noch behinderten Genossen Dittmann sprach erst Genosse

Dr. Kurt Rosenfeld:

Die Verhandlungen des Rechtsausschusses, der gegenwärtig eigentlich nur erst Material in der Frage der Fürstenabfindung gesammelt hat, habe in ganz Deutschland größtes Aufsehen erregt. Diese Frage ist eine der wichtigsten innerpolitischen seit dem Zusammenbruch des monarchistischen Systems. Den Rechtsparteien, besonders den Deutschnationalen, bedeuten die Verhandlungen nicht nur die Möglichkeit den Fürsten viele Millionen zuzuschreiben, sondern ihnen geht es ganz besonders um eine

Stärkung des Kampffonds gegen die Republik.

Eine der übelsten Erscheinungen ist der Dr. Everling, deutsch-nationaler Volksvertreter und gleichzeitig Rechtsvertreter des Altenburger Fürstenhauses. Der Herr ist zwar erledigt, aber die „Ver-einigung für einen rechtlichen Ausgleich mit dem Deutschen Reiche“ hat die Interessenvertretung der „hohen Herrschaften“ übernommen. Heute ist die Situation so, daß das nolleidende, betrogene und belogene Volk nicht die davon gelaufenen Fürsten zur Rechenschaft zieht, sondern diese verlangen von Reich und Staat Entschädigungen. Ein würdevolles Feilschen findet statt, hier um ein Stück Land, dort um ein Haus oder um Goldwerte.

Allein Thüringen hat 25 Prozesse schweben,

obwohl es schon über 500 000 Mark an ehemalige Hofbeamte gezahlt hat. Die Ansprüche der Fürsten beruhen zum größten Teil auf durchaus anfechtbaren Rechtsgrundlagen. Aber bei der ganzen Angelegenheit handelt es sich nicht um eine Rechtsfrage, sondern um eine politische Frage.

Selbst das sogenannte Privatvermögen der Herrschaften setzt sich größtenteils aus Werten zusammen, die dem regierten Volke vorenthalten werden. Staatseigentum, Güter, Domänen, Bauschleifen sind vielfach erst durch allerlei bedenkliche Machinationen in den Besitz der Fürsten gelangt. Nach dem jetzt vorliegenden preussischen Vergleichsvorschlag sollen die Hohenzollern 142 Goldmillionen Entschädigung erhalten, daneben außer vielen Schlössern allein 530 000 Morgen Land. Der preussische Staat soll alle die Werte behalten, die fast belostet sind. Den Hohenzollern genügt allerdings auch das noch nicht, sie verlangen 100 Goldmillionen und daneben eine jährliche Rente von 1 1/2 Millionen. Unter den Werten, die der preussische Staat erhalten soll, befinden sich nur 33 Millionen Ruwert, dagegen sollen die Hohenzollern 148 Millionen Ruwert zugewiesen bekommen.

Gegenüber diesen unerschämten Forderungen, bei denen Wein und Wein von den Herrschaften sehr schwer unterschieden wird, kann eine

einzelstaatliche Regelung nicht zugegeben

werden. Wir verlangen eine reichsgesetzliche Regelung.

Die meisten deutschen Fürsten sind nach 1918 abgefunden worden. Jetzt erklären sie, daß sie damals unter einem Zwange gehandelt hätten und daß sie demnach die Kontrolle anfechten müßten. Die meisten Gerichte haben der Anfechtung stattgegeben und haben die Abfindungsverträge für nichtig erklärt. Ganz besonders tun sich die ehemaligen Oberhäupter der mitteldeutschen Kleinstaatens hervor. Die nolleidenden Herrschaften treten mit Aufwertungsansprüchen hervor und man geniert sich nicht, selbst

Entschädigungen für frühere Missetaten

zu verlangen. Im Interesse der Verdienste um die diesen Großherzöge usw. sollte man diese Doman nicht zu kurz kommen lassen, obwohl man hier von einer Honorierung von Regierungs-geschäften kaum sprechen kann. Bis zu 1400 Prozent hinauf geht die bereits geleistete Aufwertung, und trotzdem geht es ihnen noch nicht weit genug. Man vergleiche damit die Aufwertungen der Kleinrentner und sonstiger Kleinstapitalgäuber, die Kriegsbeschädigten nicht zu vergessen. Ganz im Dunkeln ist der Ausblick in bezug auf die Steuern, die von den Fürsten wahrscheinlich nicht gezahlt wurden, und gegenüber den Militär-pensionen, die sie von der Republik erhalten.

Was gehen überhaupt die Republik die Fürsten an?

Wozu haben wir denn noch Monarchisten? Rügen sich doch die „hohen Herrschaften“ an ihre Palastinsassen. In einer Zeit, wo der Sohn Freiligraths Rot selbst, dürfen keine Millionen für davongelaufene Potentaten bewilligt werden.

Daneben ist aber auch die außenpolitische Wirkung nicht zu vergessen. Wie sollen wir Eindruck auf die Entente machen, wenn sie sieht, mit welcher Freigebigkeit den Fürsten Millionen hinterhergeworfen werden? Angesichts unserer sozialpolitischen Verpflichtungen dürfen wir den Fürstenforderungen nicht nachgeben. Die Lage im Reichstage ist so, daß dort für die Entente auf entschädigungslose Abfindung keine Mehrheit vorhanden ist. Die Entscheidung muß also außerhalb des Parlamentes fallen. Gelegenheit dazu gibt der eingeleitete Volksentscheid. Die Kampffront steht gegen Kronen und Millionen, es geht um Monarchie oder Republik! Wenn es gelingt, diesen Kampf zu einem guten Ende zu führen, so rufen wir damit das Gefühl der Zuversicht zum endlichen Sieg des Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Dann nahm, stürmisch begrüßt,

Genosse Dittmann

das Wort, um über die Technik und die organisatorische Durchführung des Volksentscheides zu sprechen.

Wir müssen jetzt, so führte der Redner aus, ein Verzeichnis von 1918 gutmachen. Die Fürsten, die sich wie Blutegeiz an den Volkstörper saugen, stehen auch heute noch auf dem Standpunkt, daß das Volk sie standesgemäß ernähren müsse. Die unerschämten Forderungen haben erfreulicherweise eine starke Volksbewegung entfacht, die von uns bis zur Beendigung des Volksentscheides wachgehalten werden muß. Allerdings müssen wir uns der vollen Bedeutung dieser außerparlamentarischen Aktion bewußt sein. So einfach, wie die meisten es sich denken, ist die Sache doch nicht abgemacht. Genosse Dittmann bespricht im einzelnen die verschiedenen Möglichkeiten, die bei der Fürstenabfindung vorliegen. Der Volksentscheid, der bei der Fürstenabfindung in Frage kommt, kann bis zu einem Vierteljahr angezogenster Tätigkeit in Anspruch nehmen. Auf dem linken Lande wird schon die Aufbringung der Unterschriften Schwierigkeiten machen, denn die Vorschriften für die Auslegung der Listen kommt einer

öffentlichen Stimmabgabe

gleich. Um so mehr müssen also die Großstädte und die Industrieregionen auf dem Posten sein. Nicht vier Millionen, sondern zwei, drei, viermal soviel Stimmen müssen von uns präsentiert werden. Im Parlament werden unsere Gegner alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel zum Zwecke der Verschleppung anwenden. Währenddem wird im Lande eine wüste Propaganda losgehen über die bösen Sozialisten, die den „hochverdienten“ Fürsten selbst das Hemde nach nehmen wollen. Täuschen wir uns nicht: Der Kampf wird schwer sein und wir werden in der Bearbeitung des einzelnen, in Demonstrationen und Versammlungen, in Wort und Schrift das Menschenmögliche leisten müssen. Aber dem Letzten muß zum Bewußtsein gebracht werden, um was es geht.

Der Volksentscheid ist die größte politische Aktion.

Die die Arbeiterschaft bisher einleitete und die Gegner werden es uns nicht leicht machen. Schon jetzt spricht man davon, daß eine entschädigungslose Abfindung eine Verfassungsänderung bedeute. Darüber haben dann die Gerichte zu entscheiden und was dabei herauskommt, braucht nicht erst ge-

Republikanischer Abend

Heute, Mittwoch, den 27. Januar, abends 8 Uhr,

im Viktorlogarten (gr. Saal), Wilhelmstraße 114/115

Die Abfindung der Hohenzollern und deutschen Fürsten

Referent:

Philipp Scheidemann

M. d. R.

Alle Republikaner sind eingeladen. SPD. Wilmerdorf.

logt werden. Aber alle gegnerischen Witzzüge dürfen uns nicht schrecken, wir müssen unseren Gegnern die Taktik durchkreuzen und unsere Gegenmaßnahmen danach treffen. Wieder ein Juwel an Arbeit als gefordert! Bei diesem Kampf handelt es sich um eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen dem suchselbigen monarchistischen System und der deutschen Republik.

Dittmann weist im weiteren Verlauf seiner Rede auf seine Ausführungen im Untersuchungsausschuß hin und kommt zu dem Ergebnis, daß dieses von ihm gekennzeichnete System es ist, das während des Volksentscheides gegen uns steht. Seid euch klar über die Größe des Kampfes, der uns bevorsteht! Trotz alledem: Vorwärts und durch! (Lebhafter Beifall.)

Unter Hinweis auf die erschöpfenden Ausführungen der Referenten machte Genosse Künster den Vorschlag, von einer Diskussion Abstand zu nehmen. Mit Beifall wurde dem zugestimmt. Ein begeistertes Schlusswort und ein Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Aus der Partei.

Ein Opfer bolschewistischer Terrors.

Alexander Gassitashwill gestorben.

Im Jahre 1923 wurden von den nach Georgien eingedrungenen Bolschewisten 62 politisch tätige Georgier, die sich der bolschewistischen Diktatur widersetzen, darunter 50 Mitglieder der georgischen sozialdemokratischen Partei, zwangsweise aus ihrer Heimat vertrieben und fanden in Deutschland Aufnahme. Einer der Verbannten, Alexander Gassitashwill, ist, wie uns mitgeteilt wird, am Sonnabend im städtischen Krankenhaus Budow an den Entbehrungen, die durch die Verbannung verursacht wurden, gestorben. Die Beerdigung findet am Donnerstag in Budow statt.

Auffschwung der holländischen Jugendbewegung.

Amsterdam, 26. Januar. (Eigener Bericht.) Auf der Tagesordnung der niederländischen Arbeiterjugend konnte der Vorsitzende Genosse Gorrink von einem erfreulichen Aufschwung der Bewegung berichten. Im abgelaufenen Jahre ist die Zahl der Ortsgruppen von 80 auf 92 und die Mitgliederzahl um 900 gestiegen. Es wurde ein besonderes Liederbuch für die Jugend herausgegeben und Unterricht in Volkssprache erteilt. Mehr als 3500 Jugendliche haben im Jahre 1923 18 000 Gulden gespart.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin S.W. 48, Einbeckenstraße 2, 1. Hof, 1. Trepp. rechts, zu richten.

1. Kreis Kieritzien. Donnerstag, 26. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Richter, Thulstraße 10, erweitertes Kreisvorstandsmittagessen.
2. Kreis Spandau. Kreismitgliederversammlung am Freitag, 27. Januar, 7 1/2 Uhr, im Kurzausschuss des neuen Polizeikommissariats (Königsplatz 10), Stadt- und Kreisvorstandsmittagessen. Da wichtige Tagesordnung, müssen alle Mitglieder des Kreisvorstandes anwesend sein.
3. Kreis Wilmersdorf. Zu dem am 21. Januar, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus stattfindenden Kreismitgliederversammlung - Stimmen der Wähler - sind noch Einladungen zu 1. W. durch die Mitglieder des Wilmersdorfer Kreises bei besten Chancen, dem Genossen Michel, Kadener Straße 41, zu haben. - Wie machen daraus aufmerksam, daß am 12. Februar, 8 Uhr, in der Oberrealschule am Seepark der Unterrichtsausschuss des Genossen Albert Kossik über: „Die Grundlagen der Arbeiterbildung“ beginnt. Die Höhe der Gebühr beträgt für die 6 Abende unvollständige Besetzung 1. W. Teilnahmekarten bei den Mitgliedern des Wilmersdorfer Kreises. Wir erwarten rege Beteiligung.
4. Kreis Köpenick-Bezirk. Donnerstag, 26. Januar, 7 1/2 Uhr. Vorbereitung der sozialistischen Kreisarbeit und Lehrer im Kaiser-Friedrich-Realschule, Kaiser-Friedrich-Straße. Tagesordnung: Vortrag: „Die weltliche Schule“. Hochachtungsvoll. Kreissekretariat.

Heute, Mittwoch, den 27. Januar:

19. 7 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße. Vortrag des Gen. Meier: „Die Fürstenabfindung“.
20. 8 Uhr. Die Kreismitgliederversammlung fällt aus. Dafür reifliche Beteiligung an der Reichsbannerfeier.
21. 8 Uhr. Die Arbeitenden sollen aus. Reifliche Beteiligung an der republikanischen Veranstaltung der Räte, Potsdamer Platz.
22. 8 Uhr. Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich heute 8 Uhr an der in der Princesse Reichen, Bahnhofsplatz-Str. stattfindenden Reichsbannerfeier.

23. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.

24. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.

25. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.

Morgen, Donnerstag, den 28. Januar:

26. 7 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
27. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
28. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
29. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
30. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
31. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
32. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
33. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
34. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
35. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
36. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
37. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
38. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
39. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
40. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
41. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
42. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
43. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
44. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
45. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
46. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
47. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
48. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
49. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
50. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
51. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
52. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
53. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
54. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
55. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
56. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
57. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
58. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
59. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
60. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
61. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
62. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
63. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
64. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
65. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
66. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
67. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
68. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
69. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
70. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
71. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
72. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
73. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
74. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
75. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
76. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
77. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
78. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
79. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
80. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
81. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
82. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
83. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
84. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
85. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
86. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
87. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
88. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
89. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
90. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
91. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
92. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
93. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
94. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
95. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
96. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
97. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
98. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
99. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.
100. 8 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Stenografischen Schule, Götterstraße 7, 8 Uhr.

Frauenveranstaltungen:

1. Kreis Kreuzberg. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
2. Kreis Charlottenburg. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
3. Kreis Wilmersdorf. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
4. Kreis Köpenick. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
5. Kreis Spandau. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
6. Kreis Tegel. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
7. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
8. Kreis Moabit. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
9. Kreis Neukölln. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
10. Kreis Tempelhof. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
11. Kreis Schöneberg. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
12. Kreis Tiergarten. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
13. Kreis Mitte. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
14. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
15. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
16. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
17. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
18. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
19. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
20. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
21. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
22. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
23. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
24. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
25. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
26. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
27. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
28. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
29. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
30. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
31. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
32. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
33. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
34. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
35. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
36. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
37. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
38. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
39. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
40. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
41. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
42. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
43. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
44. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
45. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
46. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
47. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
48. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
49. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
50. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
51. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
52. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
53. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
54. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
55. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
56. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
57. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
58. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
59. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
60. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
61. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
62. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
63. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
64. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
65. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
66. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
67. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
68. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
69. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
70. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
71. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
72. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
73. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
74. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
75. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
76. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
77. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
78. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
79. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
80. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
81. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
82. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
83. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
84. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
85. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
86. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
87. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
88. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
89. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
90. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
91. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
92. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
93. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
94. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
95. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
96. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
97. Kreis Nordend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
98. Kreis Westend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
99. Kreis Südend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
100. Kreis Ostend. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Frauenmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.

Jugendveranstaltungen.

1. Kreis Kreuzberg. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Jugendmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
2. Kreis Charlottenburg. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Jugendmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
3. Kreis Wilmersdorf. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Jugendmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
4. Kreis Köpenick. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Jugendmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
5. Kreis Spandau. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Jugendmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
6. Kreis Tegel. Donnerstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Hoff, Götterstraße, Jugendmitgliederversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
7. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, 28. Januar